

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 422

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 17. Dezember 2012, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle**

---

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Anwesend              | 39/38 Personen des Einwohnerrates<br>6 Personen des Gemeinderates                          |
| Abwesend entschuldigt | Einwohnerrat: Claudio Contoli,<br>Werner Graber (ab 21.30 Uhr)<br>Gemeinderat: Rolf Wehrli |
| Vorsitz               | Mauro Pavan, Präsident   |
| Protokoll             | Joachim Maass  |
| Weibeldienst          | Martin Suter   |

---

### **Geschäftsverzeichnis**

- |    |  |      |
|----|--|------|
| 1. | Voranschlag 2013<br>- Bericht der RPK zum Voranschlag 2013<br>- Budgetpostulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Finanzielle Unterstützung an Familien von Zwangsverschiebungen (Sekundarschule Pratteln)“ | 2811 |
| 2. | Finanzplan 2013-2017   | 2812 |
| 3. | Postulat der Mitteparteien (BDP und CVP), Dominique Häring und Marc Bürgi, betreffend „Die Gemeinde achtet auf eine effiziente Energienutzung bei gemeindeeigenen Objekten“  | 2817 |
| 4. | Postulat der Fraktion FDP-Mitte, Dieter Stohler, betreffend „Globalbudgetierung“   | 2818 |
| 5. | Interpellation der SP-Fraktion, Claudio Rossi, betreffend „Erhalt der Attraktivität der GGA“   | 2819 |
| 6. | Fragestunde (nach der Pause)   |      |

### **Begrüssung durch Mauro Pavan, Präsident**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderätin und Gemeinderäte, Damen und Herren im Publikum und Vertreter der Presse. Ich begrüsse sie zur 422. Sitzung des Prattler Einwohnerrates. Im Anschluss an diese Sitzung findet der traditionelle Weihnachtsapéro der Gemeinde Pratteln statt. Es ist auch Tradition, dass die Dezembersitzung musikalisch eröffnet wird und ich freue mich, dass dieses einmal mehr von Schülern der Kreismusikschule übernommen wird. Heute sind es Schüler des Schlagzeug- und Percussion-Lehrers Konrad Wiemann.

Die Schüler spielen 3 Musikstücke, die mit grossem Applaus bedacht werden.

Lied der Mallets (Gerd Bomhof) - Floris Rochat (Marimbafon)  
Clocks (Coldplay) - Janis Dannmeyer und Nicola Steiner (Marimbafon)  
Stranger (Konrad Wiemann) - Floris Rochat (Vibrafon)

**Mauro Pavan:** Vielen Dank für diese schönen Klänge. Sie haben Schüler von Schlagzeug- und Percussion-Lehrer Konrad Wiemann gehört.

Die Schüler werden mit Applaus verabschiedet und erhalten ein kleines Präsent.

### **Präsenz**

Vonseiten des Gemeinderates ist GR Rolf Wehrli entschuldigt. Es sind 39 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

### **Mitteilungen**

**Fotoaufnahmen an der Einwohnerratsitzung vom 4. 2. 2013:** Das Büro wurde von der Gemeindeverwaltung angefragt, ob es in Ordnung ist, wenn an dieser Sitzung Fotoaufnahmen gemacht werden, wo es um die Aktualisierung der Homepage der Gemeinde geht. Das Büro hat dies genehmigt. An der Einwohnerratsitzung vom 4. Februar 2013 werden also Fotoaufnahmen vom Ratsbetrieb gemacht.

**Bericht zur Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt:** An der Sitzung vom 30. Januar 2012 hat der Einwohnerrat eine Sondervorlage für ein Darlehen an die einfache Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt bewilligt. Es war auch ein Zusatzantrag enthalten, der vorsieht, den Rat bis 31. 12. 2012 über den Stand der Dinge zu informieren. Dieser Bericht liegt schriftlich vor. Dem Bericht ist auch zu entnehmen, dass eine entsprechende Vorlage anfangs 2013 folgen wird.

**Gratulation 1:** Mein Vorgänger als Präsident des Einwohnerrates hat mir in seiner Amtszeit zur Geburt meines Sohnes Elio gratuliert. Nun wurde auch Philippe Doppler vor kurzem Vater und ich gratuliere ihm an dieser Stelle im Namen des Einwohnerrates herzlich zur Geburt seiner Tochter Selina.

**Gratulation 2:** Einwohnerrat Andreas Seiler hat heute Geburtstag; herzliche Gratulation an ihn.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Kleine Anfrage der Fraktion FDP-Mitte, Dieter Stohler, betreffend „Kriterien zur Festlegung der Baurechtszinsen“ vom 17. Dezember 2012
- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Bauruine an der Hardmattstrasse“ vom 16. Dezember 2012

### **Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses**

Es gibt keine Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem vorliegenden Geschäftsverzeichnis verfahren.

---

## Beschlüsse

### **Geschäft Nr. 2811**

### **Voranschlag 2013**

#### Aktenhinweis

- Voranschlag 2013
- Bericht der RPK zum Voranschlag 2013 vom 20. November 2012
- Budgetpostulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Finanzielle Unterstützung an Familien von Zwangsverschiebungen (Sekundarschule Pratteln)“

Auf der Bühne beim Büro des Einwohnerrates hat Beat Thommen, Abteilungsleiter Finanzen, Platz genommen und steht für die Beantwortung fachlicher Fragen zur Verfügung und würde bei finanziellen Änderungen die entsprechenden Berechnungen durchführen.

**Thomas Sollberger als Präsident der RPK:** Der Voranschlag wurde der RPK am 20. Oktober 2012 zugestellt und am 23. Oktober durch GR Max Hippenmeyer vorgestellt. Die RPK hat sich neben der Heimarbeit an insgesamt 5 Sitzungen mit dem Voranschlag befasst. Die Detailunterlagen, die der RPK als Arbeitsunterlagen dienten, waren mit umfangreichen Kommentaren versehen. Diese Kommentare waren so aussagekräftig, dass einige Fragen nach dem Studium der detaillierten Budgets schon beantwortet waren. Die restlichen Fragen wurden durch den Abteilungsleiter Finanzen, Beat Thommen, beantwortet. Die RPK dankt allen am Voranschlag Beteiligten, vor allem Herrn Beat Thommen, für die kompetenten Auskünfte. Dank Ausgabendisziplin und gesteigerten Steuereinnahmen bei den juristischen Personen konnte das Eigenkapital in den vergangenen Jahren gesteigert werden. Mit den Einlagen in die Vorfinanzierungen und den vorhandenen liquiden Mitteln ist die Gemeinde auch für zukünftige grosse Investitionen gut gerüstet. Die RPK geht von einem weiteren Wachstum bei den juristischen Personen aus; die möglicherweise steigenden Ausgaben im Sozialbereich werden durch Sonderlastenabgeltung praktisch kompensiert. Wahrscheinlich hat auch die Senkung des Steuerfusses einen positiven Einfluss auf den Finanzausgleich. Darum spricht sich eine Mehrheit der RPK für eine Senkung des Steuerfusses auf 58.5% aus. Die wahrscheinlich grösste Unsicherheit im Voranschlag 2013 ist der Finanzausgleich, weil dessen Höhe nicht nur von der Steuerkraft der eigenen Gemeinde, sondern auch von Faktoren abhängig ist, die erst nach Abschluss der Gemeinderechnung, d. h. Mitte 2013 bekannt sein werden. Die Schwierigkeit besteht darin, dass wir in einer Übergangsphase vom alten zum neuen Finanzausgleich sind und von einer Nehmer- zur Gebergemeinde geworden sind. Es ist zu hoffen, dass diese Unsicherheiten bis in 1- 2 Jahren verschwunden sind. Die RPK hat betreffend der Revisionsgesellschaft keinen Wechsel vorgeschlagen; ein allfälliger Wechsel wurde aber diskutiert. Mit der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 kommen auf die Verwaltung neue bzw. geänderte Aufgaben zu und ein Wechsel der Revisionsgesellschaft würde nur zusätzlichen Aufwand verursachen, was wir vermeiden wollen. Revisionsgesellschaften, die auf Gemeinderechnungen spezialisiert sind, wachsen auch nicht auf Bäumen. Die RPK wird sich in Zukunft damit befassen.

**GR Max Hippenmeyer:** Bevor wir uns mit dem Voranschlag befassen, möchte ich mich bei allen am Budgetprozess Beteiligten für ihren Einsatz bedanken. Der Aufwand ist beträchtlich, denn unsere Rechnung umfasst mittlerweile gut 1'400 Konti. Die Zusammenarbeit mit der RPK funktioniert auch in ihrer neuen Zusammensetzung wie gewohnt einwandfrei. Sämtliche Detailfragen konnten rasch und zufriedenstellend beantwortet werden. Ich habe in der Medienmitteilung, die sie auf Seite 62 des Voranschlags finden, die wichtigsten Eckpunkte des Budgets beschrieben, und verzichte hier auf eine Wiederholung. Zudem hat die RPK in ihrem Bericht die wesentlichen Aspekte aufgelistet und deshalb beschränke ich mich lediglich auf ein paar wenige Ergänzungen. Pratteln ist heute finanziell gut aufgestellt, die Basis ist solide. Das haben wir uns über lange Jahre

durch eine sorgfältige, nach den vorhandenen Möglichkeiten ausgerichtete Finanzpolitik erarbeitet. Ich bin überzeugt, dass dieser Weg der Richtige ist und wir auch in Zukunft eine gute Balance zwischen dem Notwendigen und dem Wünschbaren finden und neue Wünsche und Begehrlichkeiten kritisch hinterfragen, ganz nach dem Motto „Nicht so viel wie möglich, sondern so viel wie nötig“. Der Gemeinderat hat sich auch dieses Jahr zum Ziel gesetzt, einen ausgeglichenen Voranschlag vorzulegen. Das ist uns gelungen: Das vorliegende Budget ist ausgewogen und berücksichtigt die verschiedenen Anliegen in angemessener Weise. Das wird untermauert durch die Tatsache, dass die RPK keinen einzigen Änderungswunsch hat. Das Budget wird geprägt durch vier grosse Einflussfaktoren: Die Sachkosten, die Personalkosten, der Finanzausgleich und die Steuern. Drei dieser Faktoren können wir mehr oder weniger direkt beeinflussen, beim vierten, dem horizontalen Finanzausgleich, ist es schwierig, denn er ist von zu vielen externen Faktoren ausserhalb unseres Entscheidungsbereiches abhängig. Der horizontale Finanzausgleich (nicht zu verwechseln mit der Sonderlastenabgeltung) gibt einen Hinweis auf die Finanzkraft einer Gemeinde. Pratteln war 2012 die viertgrösste Gebergemeinde und hat rund 6,8 Mio. in den Ausgleichstopf beigesteuert. In den vergangenen Jahren haben wir aber auch einiges erhalten. Die Sachkosten haben wir trotz Mehrkosten durch die Einführung der KESB und im Bereich Spitex dank guter Budgetdisziplin und Wirkungsüberprüfung gut im Griff. Die Tatsache, dass dieser Kostenblock praktisch unverändert ist gegenüber dem Budget 2012 belegt das. Die Lohnkosten beim Verwaltungspersonal sind im Vergleich zum letztjährigen Budget um rund 3% gestiegen. Hauptverantwortlich für den Anstieg sind die in der Novembersitzung bewilligten neuen Stellenprozente. Der gesamte Personalaufwand beläuft sich auf 37,6% des Gesamtaufwandes. Die Steuereinnahmen sind mit gut CHF 45 rund 1 Mio. tiefer veranschlagt als 2012. Dies aufgrund des Wegfalls eines Sonderfaktors aus dem letzten Jahr. Die Budgetierung basiert auf Hochrechnungen und Steuerertragsprognosen des Kantons und liegt auf der vorsichtigeren Seite. Die beantragte Reduktion des Gemeindesteuersatzes ist bereits eingerechnet. Grundsätzlich sind unsere Steuererträge stabil. Der Beweis dafür ist die Tatsache, dass das durchschnittliche Einkommen bei den natürlichen Personen in den letzten 5 Jahren um mehr als CHF 1'000 pro Steuerpflichtigen angestiegen ist. Bei den juristischen Personen stellen wir eine Konsolidierung auf hohem Niveau fest. Das ist einerseits auf den nach wie vor guten Konjunkturverlauf zurückzuführen und andererseits auf den immer noch zu beobachtenden Zuzug von Firmen. Zum eingereichten Budgetpostulat sowie zur beantragten Senkung des Steuersatzes werde ich mich zum gegebenen Zeitpunkt bei der Detailberatung zum Wort melden. Ich bitte sie, auf das Budget einzutreten und es gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu genehmigen.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung.

#### Eintreten

**Stephan Ackermann:** Es ist angebracht, dass man zu diesem Voranschlag etwas sagt und nicht einfach direkt zur Detailberatung geht. Die Fraktion der Unabhängigen nimmt den Voranschlag und auch den Finanzplan erfreut zur Kenntnis. Die finanzielle Situation entwickelt sich trotz Steuersenkungen bei den natürlichen und juristischen Personen positiv. Wertvolle Projekte sind bei wichtigen sozialen Anliegen angestossen und laufen als Versuch und befristet weiter. Auch der Ortsbus fährt jetzt mit einem dreijährigen Probebetrieb auf einer halbherzigen Ortslinie. Pratteln scheut sich, in diesen Bereichen einen definitiven Entscheid mit finanziellen Verpflichtungen einzugehen und Kompromisse werden gesucht. Der Stellenplan wurde ausgebaut, das Feuerwehrmagazin wird gebaut, ist bald fertig und auch abgeschrieben, Schulden sind abgebaut und noch immer stehen wir mit einer vollen Kasse da. Sehr schön ist dies und herzlichen Dank an alle Personen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Rechtfertigt diese Situation eine weitere Reduktion der Steuern? Letztes Jahr wurde unser Antrag auf eine Steuersenkung unter 60% abgelehnt und heute fordert der Gemeinderat eine Reduktion auf 58.5% und es wird uns vorgerechnet, dass dies zu einem Minderertrag bis zu CHF 150'000 führen würde. Nicht

mehr, weil wir auch weniger an den kantonalen Finanzausgleich zahlen müssen. Wir erwarten, dass der Gemeinderat hier richtig gerechnet hat, auch wenn das Ganze ziemlich unsicher ist. So kostet es Pratteln CHF 150'000, die Steuerlast für unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf den kantonalen Durchschnitt zu drücken. Darf es uns dies wert sein? Wie sieht die finanzielle Zukunft unserer Gemeindekasse denn wirklich aus? Wieso blenden Gemeinderat und RPK die Pensionskassenlücke im Voranschlag und Finanzplan vollständig aus? Ist dies ehrlich? Mit welchem Geld soll das Loch der Pensionskasse von über CHF 30 Mio. für Pratteln gestopft werden? Da reichen unser CHF 150'000 der Steuersenkung bei Weitem nicht aus. Dann sind grössere und entscheidendere Schritte notwendig und es liegt kein Verwaltungsneubau mehr drin und die Schuldenlast explodiert noch mehr, als sie nach dem vorliegenden Finanzplan schon in die Höhe schnell. Dürfen wir dieses Risiko eingehen? Dass wir darüber diskutieren können, die Steuern für die natürlichen Personen zu senken, liegt daran, dass Pratteln endlich von den juristischen Personen ordentlich Steuern erhält und nicht bloss am Mehrverkehr erstickt. Doch so schnell, wie der Anteil juristischer Personen ansteigt, kann er auch wieder sinken. Ittingen kann davon ein Lied singen. Da darf sich unsere Gemeinde nicht in eine Abhängigkeit begeben. Durch eine Steuersenkung auf den kantonalen Durchschnitt spielen wir den Investoren der Hochhäuser ein weiteres Argument in die Hände, die vielen Wohnungen im attraktiven Pratteln zu vermieten. Wir hoffen sehr, dass auch die Allgemeinheit davon profitiert. Von der Fraktion der Unabhängigen kann eine Mehrheit der Steuersenkung auf 58.5% zustimmen, weil es Mindereinnahmen von „nur“ CHF 150'000 nach sich zieht und die zukünftigen finanziellen Herausforderungen nicht von den 1.5% Steuersenkung, sondern von entscheidenderen Faktoren wie der konjunkturellen Entwicklung, dem Finanzausgleich, den Kantonsfinanzen im Allgemeinen, der Pflegefinanzierung und der Pensionskasse abhängig sind, wo unser Einfluss viel geringer ist. Wir erwarteten vom Einwohnerrat und dem Gemeinderat, die aufgegleisten Projekte für ein wohnliches Pratteln weiter zu verfolgen und wenn nötig, die Steuern wieder zu erhöhen, bevor Gelder für wertvolle Quartierentwicklungen und die Prattler Schulen aus Spargründen gestrichen werden. In dem Sinn sind wir für Eintreten. Unsere Meinung zur Steuersenkung habe ich jetzt schon kundgetan und zum Voranschlag haben wir noch Fragen und werden eventuell vereinzelt Anträge stellen.

**Mario Puppato:** Zuerst den Dank der Fraktionsgemeinschaft FDP-Mitte an den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung für die gute Dokumentation um das Budget und auch Dank an die RPK für den Bericht, der knapp ist, aber das Wesentlichste sagt. Es ist ein Zeichen der Zeit, wenn ich jetzt sagen kann, dass ich mich den Worten von Stefan Ackermann anschliessen kann und dies sowohl im Positiven als auch im Negativen. Im Grossen und Ganzen sind wir vorwärtsgekommen und stabil. Die Finanzlage der Gemeinde ist gut und die Entwicklung stabil. Es stehen immer noch grosse Investitionen an, die aus verschiedenen Gründen aufgeschoben werden mussten. Dank den sehr guten Rechnungsabschlüssen der letzten Jahre haben wir einerseits CHF 25 Mio. flüssige Mittel und rund CHF 20 Mio. Rückstellungen. Klar haben wir mehr Schulden, wenn alle Infrastrukturvorhaben erledigt sind; dies ist normal. Es wäre nicht verantwortbar, wenn die jetzige Generation sämtliche Infrastrukturaufgaben vorausbezahlt hätte, aber diese sind verkraftbar, wenn nichts Ausserordentliches passiert. Den Finanzplan werden wir dieses Jahr das erste Mal nur noch zur Kenntnis nehmen und nicht darüber abstimmen. So, wie wir es gesehen haben, sind wir zuversichtlich; es sieht gut aus. Die Planung des Gemeinderats ist zurückhaltend, eher konservativ und wir sind zuversichtlich. Wir stehen hinter den Anträgen des Gemeinderats und stellen deshalb keine Änderungsanträge. Befremdend ist die Bemerkung der Minderheit der RPK, dass die Senkung des Steuerfusses nicht spürbar sei. Wenn man die Senkungen der letzten Legislaturperiode und den jetzigen Antrag zusammenzählen, von 62.8% auf 58.5%, macht dies 6.8% der Staatssteuern aus und wenn wir die Statistik anschauen, wie viele Leute welche Steuern zahlen, ist dies für einen Grossteil sehr spürbar und willkommen. Noch mehr hat mich die Aussage der Minderheit gestört, dass eine Widererhöhung der Steuern wegen der notwendigen Zweidrittelmehrheit praktisch unmöglich sei und dies ist mir persönlich in den falschen Hals gekommen. Ich stand als Fraktionspräsident der FDP-Mitte zwei Mal

hier und habe gesagt, dass wir für eine Steuersenkung eintreten und wenn es nicht geht, wird die FDP nicht blockieren, die notwendige Anpassung nach oben zu machen. Ich habe diese Frage jetzt wieder gestellt, nicht der FDP, sondern der Fraktionsgemeinschaft FDP-Mitte, als alle anwesend waren inklusive den beiden Nachrückenden, die demnächst kommen werden und alle haben gesagt, ich dürfe wieder sagen „Wenn es nötig ist, werden wir für eine Wiedererhöhung der Steuern dabei sein“. Wir glauben zwar nicht daran und hoffen, dass es gut geht und wir nun einige Jahre stabil bleiben. Nach dieser Legislaturperiode werden wir sehen, ob unliebsame Überraschungen kommen. Nicht in 6 oder 8 Jahren, sondern wenn wir oder die meisten von uns hier noch zusammen sind, werden wir sehen, ob die Erwartungen des Gemeinderats richtig sind. Wenn sie richtig sind, bleiben wir bei diesen Steuern und wenn es nicht so ist, müssen wir zusammensitzen und sagen, dass wir uns getäuscht haben, dass grosse, ungeplante Ausgaben gekommen sind. So müssen wir konsequent sein und Steuern erhöhen, wenn es nötig ist. Wir sind aber zuversichtlich, dass nicht nötig sein wird und wir stabil und gut damit leben können. Wir sind für Eintreten und werden sämtliche Anträge von RPK und Gemeinderat unterstützen.

**Philippe Doppler:** Im Namen der SVP-Fraktion danke auch ich allen Personen, die an der Erstellung des Budgets beteiligt waren, und schliesse mich den Ausführungen und Meinungen der RPK mehrheitlich an. Wie von der SVP-Fraktion während mehrerer Jahre erwartet und immer wieder erwähnt, schlagen sich die Steuereinnahmen der juristischen Personen sehr positiv nieder, was auch schon im Rechnungsabschluss 2011 sehr deutlich ersichtlich war. Die Ertragsüberschüsse der Vorjahre haben bereits Vorfinanzierungen geleistet und eine stolze Eigenkapitalbasis angehäuft, ausserordentliche Abschreibungen getätigt und sehr viele Schulden abgebaut, was meine Vorredner schon bestätigt haben. Durch diese luxuriöse Situation können die anstehenden Investitionen zum grössten Teil mit Eigenkapital finanziert werden, wodurch weniger Fremdkapital aufgenommen werden muss und die Schuldzinsen auf einem tiefen Niveau gehalten werden. Da die finanzielle Lage von Pratteln so erfreulich und komfortabel ist, bleibt die Senkung des Steuersatzes für die SVP-Fraktion weiterhin ein zentrales Thema. Wir können nicht jedes Jahr die Ausgaben erhöhen und neuen Begehrlichkeiten nachkommen, ohne auch dem Steuerzahler einen Batzen in Form einer Senkung des Steuersatzes zu lassen. Schliesslich bleibt dieser Batzen übrig, um private Ausgaben und Investitionen zu tätigen, was wiederum die Wirtschaft ankurbelt. Es ist bekannt, wenn die Wirtschaft angekurbelt wird, sinkt die Arbeitslosigkeit und als Folge davon die Sozialkosten für die Gemeinde. Dies als kleiner wirtschaftlicher Exkurs, der aufzeigen soll, dass ein tiefer Steuersatz auch sozialverträglich ist. Alles Weitere zum Steuersatz dann bei der Direktberatung. Die SVP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und Direktberatung; während der Lesung werden wir verschiedene Anträge einbringen und uns vorbehalten, falls die Steuersenkung heute Abend nicht angenommen wird, das Budget nicht anzunehmen.

**Kurt Lanz:** Auch die SP-Fraktion hat sich mit dem Budget beschäftigt. An dieser Stelle danke ich allen Beteiligten, der RPK, dem Gemeinderat, den Personen der Verwaltung – das Budget ist immer ein grosser Aufwand, der schon Mitte Jahr beginnt. Wir hatten in der SP-Fraktion eine lange Diskussion und auch über verschiedene Anträge diskutiert. Wir haben über die 58.5% diskutiert, über 59%, über überhaupt keine Steuersenkung; es war eine sehr lange Sitzung. Eine Mehrheit der SP-Fraktion wird der Steuersenkung des Gemeinderats zustimmen. Zum Zeitpunkt, wenn es um die Steuern geht, werde ich einige Bemerkungen dazu machen, damit auch klar ist, warum unsere Haltung so ist. Von Mario Puppato habe ich gehört, dass die bürgerliche Seite einmal mehr auch dazu steht, falls es nötig ist, die Steuern wieder anzuheben. Ich hoffe, dass wir uns dannzumal nicht darüber streiten müssen, was nötig ist und was nicht, dies ist schliesslich ein dehnbarer Begriff. Wenn die SVP-Fraktion sagt, dass sie das Budget zurückweisen würde, kommt mir das in den falschen Hals. Wenn das Budget zurückgewiesen würde, nur weil der Steuersatz nicht stimmt, müsste ich entgegenen, dass die SVP-Fraktion dann wahrscheinlich am Status quo festhalten müsste, auch in einer allfälligen Januarsitzung. Was dies für ein Desaster auslösen würde, müsste sich die SVP überlegen, wenn sie solche Aus-

sagen in den Raum stellt. Zum Bericht der RPK: Uns ist aufgefallen, dass es keine Bemerkung zum Revisionsbüro gibt. Der Präsident hat zwar erwähnt, dass man in der RPK darüber geredet hat und da es schon seit mehreren Jahren auch an der Budgetdebatte ein Thema ist, finden wir es angebracht, wenn irgendeine Aussage zum Revisionsbüro im Bericht steht. Es ist immer ein ungünstiger Moment, irgendetwas zu wechseln. Ich kann es auch verstehen, wenn man nun bei der alten Rechnungslegung sagt, dass man das Büro beibehalten will und wenn die neue Rechnungslegung kommt, ist es auch Gelegenheit, ein neues Büro zu nehmen. Ich habe sehr wohl gehört, dass die RPK sich diesem Thema intensiver annehmen will und garantiert will ich nächstes Jahr wieder bei der Behandlung des Budgets wissen, wie es läuft. Vielleicht könnte es auch einen Antrag geben, ob das Revisionsbüro gewechselt werden kann. Wir haben dies auch schon gemacht und es ist immer gut, wenn die Rechnungslegung einer Gemeinde aus einer neuen Warte angeschaut wird.

Eintreten ist nicht bestritten und es folgt die Direktberatung/Lesung.

Gelesen werden die einstelligen Titel der einzelnen fettgedruckten Budgetposten beginnend auf Seite 7 bis Seite 34. Zu jedem einzelnen Budgetposten besteht Gelegenheit zur Wortmeldung. Aufgeführt werden hier nur die Budgetposten mit Wortmeldung.

**Laufende Rechnung**

**0 Allgemeine Verwaltung**

**1 Öffentliche Sicherheit**

**Konto 113.437 Bussen**

**Rolf Hohler:** Im Budget ist ein Ertrag von CHF 130'000 budgetiert. Ich stelle den Antrag, diesen Posten um CHF 80'000 auf CHF 50'000 zu kürzen. Begründung: Die Rechnung 2011 enthielt einen Betrag von CHF 50'000. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Busseneinnahmen nicht budgetiert werden sollten, sonst ist die Versuchung zu gross, nur um das Budget zu erreichen, wieder Bussen zu schaffen. Kontrollen sind für die Verkehrssicherheit da und nicht, um irgendwelche Budgeteinnahmen zu generieren. Laut Aussage Gemeinderat, nachzulesen auf Seite 47, ist die Tendenz bei den Busseneinnahmen rückläufig. Darum frage ich mich, warum es letztes Jahr nur CHF 120'000 waren und trotz rückläufiger Tendenz dieses Jahr CHF 130'000. Eine Rechnungsaufgabe: Ein Ertrag von CHF 130'000 bei einer Busse von CHF 60 im Durchschnitt, ergibt ca. 2'000 Bussen im Jahr und umgerechnet auf 365 Tage ergibt dies 6 Bussen pro Tag, die es auszustellen gilt. Weniger an den richtigen Stellen kontrollieren, würde es auch machen, und wenn es dort etwas mehr gibt, gibt es dort mehr. Einer Streichung um CHF 80'000 auf neu CHF 50'000 steht nichts im Wege. **Antrag von Rolf Hohler**

**Kurt Lanz:** Ich kann den Ausführungen von Rolf Hohler folgen. Andererseits kann es nicht sein, dass wir keine Kontrollen mehr machen, wenn das Budget erreicht ist. Ich bin derselben Meinung wie Rolf Hohler, dass man nicht eine Rechnung aufpolieren soll, indem man absichtlich vermehrt Kontrollen macht. Wenn die Gemeinde Pratteln etwas mehr Kontrollen macht, kommt dies mir nicht in den falschen Hals. Wenn ich am Schluss eine Busse bezahlen muss, weil ich in eine Kontrolle geraten bin, war ich offensichtlich fehlbar und muss dazu stehen. Aus diesem Grund ist es in Ordnung, wenn wir den Betrag so im Budget lassen, wie er hier vorgeschlagen ist.

**Stephan Ackermann:** Ich selber unterstütze den Vorschlag von Rolf Hohler. Es ist nicht nötig, das Budget hier so aufzublasen, vor allem, wenn man die Erfahrungswerte sieht. Andererseits muss ich sagen, dass der Gemeinderat nicht Ende Jahr Polizisten an die Strasse stellt, und sagt, man solle Bussen eintreiben, weil man noch unter dem Budget ist; die Zahlen für 2011 wurden ja nicht erreicht. Von meiner Seite aus habt ihr auf jeden

Fall Unterstützung, den Betrag zu senken und von mir aus auch noch weiter. Wenn man diesen Betrag senkt, hat man nun ein grösseres Defizit und kann die Steuersenkung nicht mehr so einfach durchwinken. Man muss aufpassen, wenn wir nun beginnen, Einnahmen zu streichen, aber ich habe auch noch Vorschläge, wo man Ausgaben streichen könnte und deshalb wird sich dies am Schluss ausgleichen.

**GR Ruedi Brassel:** Es ist das Zeichen eines kurzen Gedächtnisses, was sich hier gerade abgespielt hat. Wir haben letztes Mal Tadel erhalten, weil wir ein Radargerät bestellen mussten; ein Radargerät war ausgefallen und wir mussten eine Extravorlage machen. Durch den Ausfall des Gerätes haben wir weniger Bussen erhalten und gehen jetzt wieder auf das Niveau der früheren Jahre. Nicht die ganzen CHF 130'000 sind Geschwindigkeitsbussen; ca. CHF 40'000 sind Ordnungsbussen. Unabhängig davon, was im Budget steht, werden wir diejenigen Kontrollen anordnen und durchführen, die für die Gewährleistung der Sicherheit notwendig sind. Wenn es weniger Bussen als CHF 50'000 gibt, bin ich noch so froh, weil dies bedeutet, dass die Leute verantwortungsbewusst und korrekt fahren. Wenn es mehr Einnahmen gibt, als bei der vernünftigen angeordneten Zahl von Kontrollen, ist offensichtlich Handlungsbedarf vorhanden und es braucht den Fingerzeig, dass vernünftig gefahren wird. Mit dem Budgetbetrag reduziert man die Kontrolltätigkeit nicht; man hat eine ungefähre Angabe. Ob es nun CHF 50'000 oder CHF 130'000 im Budget sind, wenn diese Beträge beispielsweise im August vorhanden sind, so hören wir nicht mit den Kontrollen auf, weil wir sonst eine schwierige Verkehrssituation hätten. Ich bitte sie daher, den Antrag abzulehnen.

**Mario Puppato:** Mein Gedächtnis funktioniert gut genug und ich wollte das sagen, was GR Ruedi Brassel gerade zum Radargerät gesagt hat. In einem anderen Zusammenhang möchte ich diesen Betrag aber stehen lassen. Wir haben abgestimmt, dass wir das Prinzip von Tempo-30 in allen Wohnquartieren einführen wollen. Der Gemeinderat kann Ausnahmen bestimmen. Ich bin dagegen, wenn man einfach eine Geschwindigkeitstafel hinstellt und die Leute trotzdem zu schnell vorbeifahren. Ich bin dafür, die Kontrollen in jenem Gebieten, in denen wir Tempo-30 durchsetzen wollen, zu intensivieren. Ich wohne in einem Tempo-30-Gebiet und am Morgen erwache ich, wenn mit 70 oder 80 vorbeigefahren wird und nachts auch. Ich bin der Meinung, wir müssen vernünftig sein. Es sind Viele, die vernünftig fahren und diese sind nicht betroffen, es sind die Unvernünftigen. Zurzeit sind es viele, die sich nicht daran halten, weil sie wissen, dass die Gemeinde nur 1 Radargerät hat und zu wenig Polizisten, die im Büro sind und nicht draussen. Daher bin ich der Meinung, es könnten ruhig mehr Kontrollen sein. Tempo-30 kann man nicht nur mit Radarkontrollen realisieren, man muss auch die entsprechenden Verkehrsführungen machen. Ein Grund dafür, dass ich mich einsetze, ist auch, dass man an kritischen Stellen ruhig mehr Kontrollen vornehmen kann und wenn es dazu 1 Radargerät und 2 Polizisten mehr braucht, ist es mir egal. Dies ist meine persönliche Meinung und nicht die der Fraktion.

**Erich Schwob:** Bis jetzt haben alle vom Geld geredet. Ist schon Mal jemand zur Gemeindepolizei gegangen und wollte etwas fragen? Da hiess es, für das hätten wir keine Zeit. Wichtig ist, dass die Gemeindepolizei diejenigen Aufgaben übernimmt, für die sie da ist. Dass man in einer Tempo-30-Zone Geschwindigkeitskontrollen machen muss, ist klar, aber sie müssen nicht in der Oberemattstrasse und nicht in der Salinenstrasse stehen. Darum finde ich diese Reduktion gut und die Gemeindepolizei soll ihre Kernaufgaben wahrnehmen.

**Christoph Pfirter:** GR Ruedi Brassel hat es richtig gesagt. Auch bei mir hat das Kurzzeitgedächtnis nicht funktioniert. Im Jahr 2011 hatten wir nur einen Ertrag von CHF 50'000, weil das Radargerät defekt war und noch keines neues vorhanden. In diesem Fall und logisch gedacht, müssten wir 2011 ein Riesenchaos, viele Unfälle und Raser gehabt haben. Davon habe ich nichts gemerkt und ich habe 2011 auch hier gewohnt. Man kann es immer so machen, dass die Toleranz noch kleiner wird und schlussendlich

haben wir das Problem, dass Jogger gestraft werden, wenn sie mit 32 km/h durchs Dorf laufen.

**Patrick Weisskopf:** Wir haben nun immer nur über Verkehrsbussen geredet. Es gibt Bussen, die gehen nur übers Portemonnaie und da denke ich ans Littering. Wer regt sich nicht auf über die vielen Abfallsäcke, die wild deponiert herumstehen und Sofas liegen auch draussen. Darum soll der Budgetbetrag beibehalten werden; er soll abschreckend wirken und gerade im Bereich des Littering glaube ich, dass man nicht um Bussen herumkommt, und zwar um Bussen in abschreckender Höhe.

**Rolf Hohler:** Auf Seite 47 steht deutlich, dass der Gemeinderat Dank der vermehrten Kontrollen von einer rückläufigen Tendenz ausgeht. Darum meine Frage an den Gemeinderat „Warum wird für dieses Jahr mehr budgetiert als für letztes Jahr?“ Glaubt ihr selber nicht, was hinten steht? Die richtigen Raser, von denen hat die Gemeinde rein nichts; die Gemeinde erhält Ordnungsbussen bis zu CHF 250 und was darüber ist, geht an den Kanton. Zu Erich Schwob: Wenn man an den richtigen Stellen Kontrollen macht, von mir aus auch vermehrt, und zwar dort, wo es ankommt, nicht in einer Unterführung, wo man gelernt hat, mit Ökodrive auslaufen zu lassen usw., dass man dort nicht immer das Budget aufpolieren kann. Es sollten Schulhäuser sein, an Orten, wo es sein muss, und dies zu Zeiten, wenn die Schüler auch unterwegs sind und nicht mitten in der Nacht. Dann werden wir das Budget von CHF 50'000 erreichen, und wenn es CHF 55'000, CHF 60'000 oder CHF 45'000 sind, stört es mich auch nicht. Ein Budget muss wahrheitsgetreu sein und für CHF 130'000 müsst ihr jedem Traktor, der mit 35 zu schnell fährt, auch eine Busse erteilen und ebenfalls allen Joggern und Flyern. Geht auf die CHF 50'000 und macht die Kontrollen dort, wo es sich gehört.

**GR Max Hippenmeyer:** Wir schweifen vom Thema ab und geraten in eine verkehrspolitische Diskussion, was nicht der Sinn einer Budgetdebatte ist. Rolf Hohler hat vorhin gesagt, das Budget solle wahrheitsgetreu sein. Der Betrag von CHF 130'000 basiert auf jahrelangen Erfahrungswerten und setzt sich aus CHF 90'000 Geschwindigkeitsbussen, CHF 40'000 mehr als letztes Jahr, als wir das Radargerät praktisch nie einsetzen konnten und der Rest sind Ordnungsbussen für Abfallsünden usw., was in einem Postulat hierin von euch gefordert wurde. Man solle mehr Abfallsünder büssen und dies schlägt sich hier nieder. Wir alimentieren sicher nicht die Gemeindekasse mit Bussen; wir können auch nur den Betrag von CHF 1.00 einsetzen, dann haben wir mit höheren Einnahmen das Budget überschritten. GR Ruedi Brassel hat es bereits gesagt; es ist sinnvoller, sich auf die Ausgaben zu konzentrieren und nicht auf Einnahmen, die sowieso kommen. Lehnt den Antrag daher ab.

**Stephan Ackermann:** Ich ziehe meine Unterstützung für Rolf Hohler nach seinem Votum zurück. Ich will mit diesem Budgetposten nicht kontrollieren, ob die Polizei Kontrollen durchführen soll oder nicht. Die Kontrollen sollen unabhängig vom Budgetposten gemacht werden. So, wie es Rolf Hohler erklärt hat, will er Kontrollen und Bussen über das Budget steuern und dagegen bin ich. Daher folge ich dem Antrag von GR Max Hippenmeyer, den Betrag so zu lassen, wie er ist.

#### Abstimmung zum Antrag von Rolf Hohler

://: Der Rat lehnt den Antrag von Rolf Hohler, das Konto „113.437 Bussen“ um CHF 80'000 auf CHF 50'000 zu reduzieren, mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen ab.

## Fortsetzung der Lesung

### 2 Bildung

Es liegt ein **Budgetpostulat** der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Finanzielle Unterstützung an Familien von Zwangsverschiebungen (Sekundarschule Pratteln)“ vor.

**Eva Keller:** Als ich das erste Mal von Zwangsverschiebungen in grossen Gemeinden gehört habe, dachte ich „Mein Gott, was ist dies für ein Humbug“. Vielleicht gibt es ja finanzielle Unterstützung an den öV oder das Mittagessen. Dies ist aber nicht so. Dies ist Sache der Gemeinden und aus diesem Grund stehe ich hier. Ich bin der Meinung, dass wir die Verantwortung gegenüber den betroffenen Familien wahrnehmen müssen. Es kann nicht sein, dass zu der emotionalen Krise im Familienkreis auch noch eine finanzielle Mehrbelastung entsteht. Aus diesem Grund bitte ich euch, mein Budgetpostulat von CHF 2'000 zu unterstützen. So kann die zuständige Stelle im Fall einer ausgewiesenen Mehrbelastung finanzieller Art unbürokratisch Gelder sprechen. Dies ist auch gut fürs Standortmarketing. Wenn nun eine Familie nach Pratteln zieht und die Klasse voll ist, muss es von Anfang an nach Muttenz, egal, ob es neben dem Fröschmattschulhaus wohnt. Setzen wir Zeichen, dass in einer aufstrebenden Gemeinde wie Pratteln jede einzelne Familie wichtig ist.

**Budgetpostulat von Eva Keller**

**GR Max Hippenmeyer:** Der Titel bereitet mir Mühe. „Zwangsverschiebungen“ riecht für mich etwas nach Deportation und dies ist hier kaum der Fall. Ein Wort zur Verhältnismässigkeit; die Zahlen stammen von Regierungsrat Wüthrich: Beim letzten Schuljahrwechsel sind 2'500 Schülerinnen und Schüler in die neue Sekundarschule übergetreten. 40 wurden schlussendlich einer anderen Gemeinde zugeteilt. Nach Gesprächen mit den betroffenen Eltern haben 34 den Entscheid akzeptiert; die restlichen 6 haben Beschwerde erhoben und der Entscheid ist noch hängig. Der Gemeinderat lehnt das Budgetpostulat aus folgenden Gründen ab: Die Sekundarschule fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kantons. Wenn wir aus diesem Grund in den letzten Jahren Lagerbeiträge gestrichen haben, sehe ich nicht ein, warum wir nun das Feld auf einer neuen Ebene aufmachen sollen. Wichtiger ist, dass die rechtliche Grundlage fehlt. Welches sind die Kriterien für solche Subventionen? Warum soll der Schulrat entscheiden und nicht der Gemeinderat? Wie verhält es sich, wenn mehrere Schülerinnen und Schüler freiwillig nach Muttenz oder Liestal wollen? Die vorgeschlagene Spesenabrechnung ist gut und recht; dies funktioniert in der Privatwirtschaft, aber hier können wir dies nicht in dieser Form akzeptieren. Es wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet. Grundsätzlich ist der Schulweg von der Egelmatt nach Muttenz zumutbar, weil man etwa gleich lang wie von der Längi ins Erli hat. Im Übrigen handelt es sich nach meinen Informationen bei diesen Fällen absolut nicht um Zwangsverschiebungen, sondern um Einteilungen im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten. Darum bitte ich, das Postulat abzulehnen.

**Andreas Seiler:** Mit dem Titel „Zwangsverschiebungen“ wird das Thema sehr emotional aufgebaut und es wird suggeriert, die Kinder müssten irgendwo an Ende der Welt in die Schule gehen. Dies ist natürlich nicht der Fall, wie es GR Max Hippenmeyer bereits gesagt hat. Wenn jemand nach Muttenz in die Schule muss: Die Tramfahrt von der Haltestelle Pratteln/Gempenstrasse bis Muttenz/Zum Park dauert gemäss Fahrplan 8 Minuten. Die Busfahrt von Pratteln/Längi bis Pratteln/Lindli dauert 13 Minuten. Wenn Kinder auch von Augst und Giebenach nach Pratteln in Schule kommen, dauert es entsprechend länger. In kleineren Gemeinden ist es üblich, dass man gar nicht in der eigenen Gemeinde in die Schule kann und in die Nachbargemeinde fährt. Es ist also keine aussergewöhnliche Situation. Darum sind wir der Meinung, das Budgetpostulat abzulehnen. Es schlägt über das Ziel hinaus und es ist unverhältnismässig, den Aufwand für die wenigen Betroffenen zu treiben.

Abstimmung zum Budgetpostulat von Eva Keller

://: Der Rat lehnt das Budgetpostulat mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen ab.

Fortsetzung der Lesung

- 3 **Kultur und Freizeit**
- 4 **Gesundheit**
- 5 **Soziale Wohlfahrt**
- 6 **Verkehr** Keine Wortmeldungen

**7 Umwelt und Raumplanung**

**Konten 770.318 und 790.318 Dienstleistungen, Honorare**

**Urs Hess:** Von mir aus gesehen sind hier 2 identische Posten vorhanden, die genau dasselbe wollen. Es handelt sich um das Konto 770.318, wo für Landschaftskonzept und Ausdolung Erlibach einmal CHF 40'000 und CHF 15'000 vorhanden sind und im Konto 790.318 kommt dasselbe noch einmal vor. Ich stelle den Antrag, an beiden Orten beides zu streichen. Es hat relativ viel Geld in beiden Konten und stellt eine massive Erhöhung beider Konten dar und ich denke, man kann auf die Erhöhung beider Konten verzichten. Es ist genau derselbe Detailauszug sowohl im Konto 770.318 als auch im 790.318 vorhanden und ich bitte daher, diese Punkte zu streichen. **Antrag von Urs Hess**

**GP Beat Stingelin:** Konto 770.318 ist für Pflegemassnahmen Grundwasserschutzzonen mit Vereinbarung mit dem Kanton bestimmt und lässt sich nicht so einfach streichen. Es müssen beide im Budget belassen werden. Beim einen ist es der Architekturpreis CHF 2'500, Anpassung diverse Naturschutzpläne CHF 40'000, Begutachtung von Publikationen und ein Verkehrsgutachten als Auflage des Kantons von CHF 30'000. Beide Konten sollten belassen werden, sonst werden die geplanten naturschützerischen Massnahmen gestrichen.

**Benedikt Schmidt:** Wir haben das Naturschutzbudget auch angeschaut, und wenn man die Kommentare dazu auf Seite 58 genauer anschaut, sieht man, dass diverse dieser Kommentare falsch sind: Es sind noch ein Litteringkonzept und die Wasenmeisterei enthalten. Wenn man das Detailbudget anschaut, sieht man, was dahintersteht, dieser Kommentar stimmt einfach nicht. Darum ist der Antrag von Urs Hess abzulehnen. Einerseits will der Einwohnerrat eine Steuersenkung, andererseits werden bei diesen Themen, die für uns wichtig sind, Kürzungen beantragt. Lehnt diesen Antrag ab.

**Urs Hess:** Wenn ihr auf Seite 58 und 59 beim Kommentar nachschaut, steht bei Konto 770.318 CHF 50'000 „Sanierung und Ausdolung Erlibach“ und bei der Raumplanung in 790.318 noch einmal derselbe Text mit demselben Betrag. Also ist dieses 2 Mal im Budget enthalten und gehört sicher einmal weg. Dann kann man sich überlegen, ob Nutzungspläne und Landschaftsentwicklungskonzept 2 Mal vorhanden sein müssen oder man doch etwas anderes macht. Dieses könnte man unter einen Posten nehmen und daher kann man es ohne weiteres 1 Mal streichen.

**GR Ruedi Brassel:** Urs Hess; ich weise darauf hin, dass die Streichung des Postens 790.318 die Streichung eines „Verkehrsgutachtens und Abklärungen Auflage Kanton“ CHF 30'000 enthält. Es handelt sich um Auflagen, die dein Arbeitgeber vorschreibt. Im Detailbudget ist es so enthalten und so ergibt sich eine Überschneidung, die möglicherweise bei der redaktionellen Bearbeitung des Budgets entstanden ist. In den mir vorliegenden Details gibt es diese Überschneidung nicht. Der Posten setzt sich zusammen, wie es GP Beat Stingelin erwähnt hat: CHF 2'500 Architekturpreis, CHF 40'000 Anpassung Nutzungspläne, CHF 20'000 Begutachtung und Publikationen, CHF 30'000 Verkehrsgutachten Auflagen Kanton, total CHF 92'500. Dies sind die Fakten.

**Benedikt Schmidt:** Es ist tatsächlich richtig, dass der Erlibach 2 Mal im Budget enthalten ist, aber die Kommentare beim Naturschutz sind ganz einfach teilweise falsch. Das hat GR Ruedi Brassel gerade gesagt und daher kann man den Antrag von Urs Hess ablehnen.

**Thomas Sollberger:** Es ist tatsächlich so, dass das Detailbudget, dass der RPK vorgelegen ist, nicht so ist. Im hier vorliegenden Exemplar ist tatsächlich 2 Mal dasselbe enthalten und der Kommentar falsch.

**Stephan Ackermann:** Ich nehme an, Urs Hess geht es zuerst ums Streichen. Besser 2 Mal als gar kein Mal. Meine Frage: Im Budget ist es 2 Mal enthalten, aber im Voranschlag nur 1 Mal. Bei den Kommentaren ist es falsch. Also haben wir es 1 Mal im Budget und 1 Mal bleibt es und den Kommentar vergessen wir, weil der Kommentar in den Detailangaben korrekt ist. Es ist schade, dass sich hier Fehler eingeschlichen haben aber dies hat es auch schon an anderen Orten gegeben und wir klären bei den Kommentaren ab, was nun wirklich stimmt und können den Voranschlag so weiterbearbeiten.

**GR Max Hippenmeyer:** Es liegt hier tatsächlich ein Druckfehler vor. Wir haben einen neuen Abteilungsleiter, wir haben eine neue Mitarbeiterin, welche das Budget gemacht hat und wir haben einen neuen Departementschef. Dass hier in der Hitze des Gefechtes bei 1'400 Konten irgendetwas bei copy-paste nicht ganz korrekt ist, ist menschlich und wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Ich entschuldige mich hier in aller Form für diesen Fehler, kann aber versichern, und die RPK hat dies auch schon getan, es ist kein einziger Posten doppelt enthalten. Im Konto 790.318 geht es um GIS und Dokumentenverwaltung und die Anpassung von Nutzungsplänen und um Verkehrsgutachten. Es ist also keine Doppelspurigkeit vorhanden. Das eine ist Naturschutz und das andere Strassenbau. Ich bitte daher, das Budget so zu belassen, wie es ist.

#### Abstimmung zum Antrag von Urs Hess zu Konto 770.318

://: Der Rat lehnt den Antrag von Urs Hess, Senkung des Kontos 770.318 von jetzt CHF 208'050 auf neu CHF 153'050, mit grossem Mehr ab.

#### Abstimmung zum Antrag von Urs Hess zu Konto 790.318

://: Der Rat lehnt den Antrag von Urs Hess, Senkung des Kontos 790.318 von jetzt CHF 112'500 auf neu CHF 57'500, mit grossem Mehr ab.

#### Fortsetzung der Lesung

- 8 Volkswirtschaft
- 9 Finanzen und Steuern

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die Lesung der laufenden Rechnung ist abgeschlossen.

## **Investitionsrechnung**

Lesung: Auch hier werden die einstelligen Titel gelesen mit Beginn auf Seite 38.

### **0 Allgemeine Verwaltung**

#### **Konto 503.10 Neubau Verwaltung**

**Stephan Ackermann:** Hier sind für den Neubau Verwaltung CHF 300'000 eingesetzt. Ich habe schon vor den Sommerferien zu diesem Thema in der Fragestunde eine Frage eingereicht, in der es darum ging, wie die Planung der Gemeindeverwaltung weiter läuft und ob das Geld, für mich ein Notkredit, schon ausgegeben ist. Die Planung hat sich ja verzögert und verzögert und noch weiter verzögert und es war doch nicht so dringend wie uns dort an der Einwohnerratssitzung mitgeteilt und wie schmackhaft es uns dort präsentiert wurde mit einer Superpräsentation. Ich bitte euch, dieses Geld wieder zu streichen und wenn der Gemeinderat so weit ist und wieder mit einer Vorlage vor den Einwohnerrat kommt, damit wir es in Ruhe und fundiert anschauen können. Dies vor allem im Hinblick, wie die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde aussehen können. Ich bin relativ pessimistisch, wie es mit der Pensionskasse weitergeht, welche Kosten dort auf uns zukommen und ob wir uns dann wirklich unseren Gemeindeverwaltungsneubau leisten können, bezweifle ich sehr. Deshalb müssen wir dieses Geld nicht schon jetzt hier ausgeben, sondern sauber aufzeigen, wie es laufen sollte und vielleicht wissen wir zu jenem Zeitpunkt schon, wie es mit der Pensionskasse weitergehen soll. Helft mir also, diese Sache hier zu streichen. **Antrag von Stephan Ackermann**

**GR Max Hippenmeyer:** Ich habe Verständnis für die Einwände von Stephan Ackermann. Ich kann aber versichern, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten. Wir hatten hierin schon einmal ein Projekt, das die Arealbaukommission nicht ganz goutiert hat und wir eine Zusatzschleife einlegen mussten. Wir brauchen diese Projektierungskosten. Es gibt eine Vorlage, in der vorgesehen ist, alle unsere Investitionsvorhaben nach Prioritäten im Rahmen der Legislaturziele euch zur Kenntnis zu bringen. Dies könnte zu Beginn des nächsten Jahres oder spätestens im März sein und dann sieht man, dass es ein Bedürfnis ist. Sonst müssen wir eine zusätzliche Vorlage schreiben, aber aus verfahrenswirtschaftlichen Gründen ist es sinnvoll, es so zu lassen, wie es ist. Die Gemeindeverwaltung hat Priorität 1, das darf erwähnt sein, neben 2 – 3 anderen Bauvorhaben. Dies sehen wir, sobald alles aufgelistet und euch zur Kenntnis gebracht ist.

**Urs Hess:** Man sollte diesen Betrag nicht aus der Investitionsrechnung streichen; ich stelle den Antrag, dies in Form einer Sondervorlage zu behandeln. Mit einem Betrag von CHF 300'000 müsste es der Gemeinderat so bringen und mit 299'000 muss er es nicht mehr so bringen. Der faire Weg ist eine Sondervorlage und wir können darüber reden und stimmen dieser Spezialvorlage zu. **Antrag von Urs Hess**

**Stephan Ackermann:** Ich könnte meinen Antrag zugunsten von dem von Urs Hess zurückziehen, habe aber noch 1 Frage an den Gemeinderat. Damals in der Fragestunde habe ich gefragt: „Muss der Gemeinderat für den Kredit nicht noch einmal vor den Einwohnerrat?“ und man hat gesagt, dass dieser schon einmal gesprochen wurde. Wenn der Gemeinderat noch immer der Meinung ist, der Einwohnerrat hat diesen Kredit freigegeben, würde auch eine Sondervorlage nichts bringen, weil man sich drauf beruft, dass der Kredit schon einmal freigegeben wurde. Wenn der Gemeinderat dies nicht so auslegt, sondern wenn wir heute Abend eine Sondervorlage beschliessen bzw. ein Sternchen machen, dann kommt diese Sondervorlage noch einmal, dann ist es gut und ich ziehe meinen Antrag zurück.

**GR Max Hippenmeyer:** Das ist so Stephan Ackermann; diese Vorlage kommt sowieso als Sondervorlage. Ihr habt schon einmal einen Planungskredit mit einer Sondervorlage gesprochen. Davon haben wir einen Teil gebraucht und wir machen eine Sondervorlage für diese CHF 300'000 und der Fall ist klar.

**Stephan Ackermann** zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmung zum Antrag von Urs Hess

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Konto 020 503.10 Neubau Verwaltung: Dem Rat ist eine Sondervorlage vorzulegen.

Fortsetzung der Lesung

**1 Öffentliche Sicherheit** Keine Wortmeldungen

**2 Bildung**

**Konto 503.34** SH Aegelmatt, Harnos, Gr-Räume CH 240'000

**Urs Hess:** Hier fehlt der Kommentar. Ich stelle den Antrag auf eine Sondervorlage, damit man sieht, was dort geht. Eine Frage zu Konto 296 Frühförderung: Was muss ich unter Investition bei Frühförderung verstehen?  
**Antrag von Urs Hess**

**Beat Thommen (Abteilungsleiter Finanzen):** Es handelt sich um den Kredit, der im November 2012 für die Frühförderung bewilligt wurde. Es handelt sich um einen Investitionskredit, der auf 3 Jahre befristet ist. Dieser Verpflichtungskredit wird auf 3 Jahre in der Investitionsrechnung geführt.

**Konto 503.35** Neubau Kindergarten Hexmatt CH 250'000

**Patrick Weisskopf:** Für den Betrag von CHF 250'000 erhalten wir keinen Kindergarten. Also nehme ich an, dass es Planungen sind und dann habe ich das Gefühl, dass CHF 250'000 für eine Kindergartenplanung sehr viel sind im Vergleich zu einer ganzen Gemeindeverwaltung. Dazu wünsche ich ergänzende Auskünfte und je nach Antwort sehe ich es in einer Sondervorlage. Zu meinem Vorredner Urs Hess: Dort hatten wir Harnos-Angelegenheiten. Ich frage Urs Hess, ob er nicht auch 503.36 Einbau Gruppenräume sieht, denn beides dürfte mit Harnos zusammenhängen.

**GR Max Hippenmeyer:** Zum Kindergarten Hexmatt CHF 250'000: Dies wäre etwas viel für 1 Kindergarten, aber wir müssen mehr als 1 haben. Wir machen eine Planung, die wir nachher multiplizieren können, daher ist dieser Betrag höher. Auch hier gibt es später Vorlagen, es ist vorgesehen, ein Standardmodell zu entwerfen, das man nachher immer wieder fortsetzen kann. Daher ist dieser Posten so hoch. Man hätte es vielleicht so umschreiben können: „Neubau Kindergarten Hexmatt und weitere“. Gruppenräume Harnos: Dies ist von Harnos her so, dass man Gruppenräume machen muss. Da könnt ihr eine Sondervorlage beschliessen und dazu Stellung nehmen. Viele Möglichkeiten gibt es nicht. Über das Bildungsgesetz wurde einmal abgestimmt, Harnos kommt und dies ist die Umsetzung.

Abstimmung zum Antrag von Urs Hess

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 20 Nein zu 15 Ja bei 4 Enthaltungen ab.

Fortsetzung der Lesung

**3 Kultur und Freizeit**

**Konto 501.01** Ausbau Sportanlagen Sandgruben CHF 300'000

**Urs Hess:** Auch hier ist ein Betrag von CHF 300'000 enthalten und ich verlange eine Sondervorlage. **Antrag von Urs Hess**

Abstimmung zum Antrag von Urs Hess

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Konto 344 501.01 Ausbau Sportanlagen Sandgruben: Dem Rat ist eine Sondervorlage vorzulegen.

Fortsetzung der Lesung

**5 Soziale Wohlfahrt**

**6 Verkehr**

**7 Umwelt und Raumplanung**

**9 Finanzen und Steuern**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die Lesung der Investitionsrechnung ist abgeschlossen. Zu den Anträgen schlägt Mauro Pavan in Rücksprache mit dem Präsidenten der RPK, Thomas Sollberger, vor, die Abstimmung in der Reihenfolge des Gemeinderates vorzunehmen. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

1. Genehmigung Investitionsrechnung 2013

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Investitionsrechnung wird genehmigt.

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000.— sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.— je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2013

**GR Max Hippenmeyer:** Zum 3. Mal innert 4 Jahren steht eine Senkung des Gemeindesteuerfusses zur Diskussion. Gelte ich deswegen als Steuersenkungsturbo? Keineswegs, denn erstens steht der Gemeinderat – wie bei den beiden vorangegangenen Senkungen – geschlossen hinter diesem Antrag und zweitens bevorzuge ich drei kleine, aber sichere Schritte auf befestigtem Grund als einen grossen Satz auf eine weiche Unterlage. Dieser befestigte Grund sieht folgendermassen aus: Unsere Finanzlage ist gesund und die Entwicklung stabil. Wir sind fast schuldenfrei, haben momentan rund CHF 25 Mio. flüssige Mittel plus rund CHF 20 Mio. Rückstellungen (ohne Spezialfinanzierungen) für anstehende Investitionen. Dazu kommt ein Eigenkapital von über CHF 6,3 Mio. als Reserve zur Abdeckung allfälliger Defizite. Bei aller Vorsicht und Pessimismus: Diese

Polster tragen uns weit und rechtfertigen unseren gegenwärtigen Steuerfuss in keiner Art und Weise! Jedes neue Vorhaben - vor allem im sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich - wird als Standortmarketing angepriesen. Das trifft auch oftmals zu. Aber es nützt nichts, wenn wir in gesellschaftspolitischen Belangen super aufgestellt sind und unsere bestehenden und potentiellen Kunden (und als solches muss man unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezeichnen) mit einem zu hohen Dienstleistungspreis, sprich Steuerfuss abschrecken. Lassen sie mich die im RPK-Bericht erwähnten Einwände kurz widerlegen: Die Senkung des Steuerfusses sei für den Einzelnen kaum spürbar habe ich gelesen. Dazu Folgendes: Die beantragte Senkung macht effektiv für alle 2,5% der Gemeindesteuer aus. Der jetzige Satz ist 60% von 100% Staatssteuer und eine Satzreduktion von 1,5% ergibt demzufolge 2,5%. Rund 44% unserer Steuerpflichtigen liegen in der Einkommensspanne zwischen 40'000 und 80'000 Franken. Die Steuerersparnis beträgt zwischen CHF 15 und CHF 60 für Verheiratete und CHF 45 und CHF 111 für Alleinstehende. Auf dem durchschnittlichen steuerbaren Einkommen aller Steuerpflichtigen beträgt die Ersparnis zwischen CHF 32 für Verheiratete und 72 für Alleinstehende. Das ist immerhin eine kleine Kompensation zu den steigenden Krankenkassenprämien und zusammen mit den vorgeschlagenen Gebührenreduktionen beim Wasser und beim Abfall eine spürbare Entlastung vor allem für die kleineren Einkommen. Darüber hinaus haben wir auch noch 1'729 Steuerpflichtige (= 21,3%) die mehr als CHF 80'000 versteuern und hier ist die Ersparnis naturgemäss noch grösser. Aber für diese Gruppe dürfen wir auch einmal ein Zeichen setzen. Aufgrund der wirtschaftlich unsicheren Lage sei mit deutlich steigenden Kosten im Sozialbereich zu rechnen, steht da weiter geschrieben. Kürzlich habe ich gelesen, dass die OECD für die Schweiz einen günstigen Konjunkturverlauf prognostiziert für die kommenden Jahre. Aber falls die sich irren, ist das nicht das Ende. Steigende Sozialkosten - sofern sie nicht wie beabsichtigt durch die neu bewilligten Ressourcen aufgefangen werden können - werden zum grössten Teil durch parallel steigende Sonderlastenabgeltungen kompensiert. Also ist auch dieser Einwand hinfällig. Weiter wird aufgeführt, dass eine allfällige Steuererhöhung durch die benötigte 2/3-Mehrheit kaum möglich wäre. Der Umkehrschluss wäre, dass eine längst fällige Senkung heute folglich auch nicht möglich wäre. Das würde Stillstand bedeuten und Stillstand heisst mittelfristig bekanntlich Rückstand. Bei allem Verständnis: Die letzten Steuererhöhungsdiskussionen fanden vor mehr als 20 Jahren statt und ich sehe noch ganze 3 Herren, die damals schon dabei waren. Die Zeiten haben sich geändert. Eine solche Argumentation stellt übrigens dem Einwohnerrat aus meiner Sicht ein schlechtes Zeugnis aus, denn das bedeutet ja, dass mindestens die Hälfte des Rates nicht in der Lage oder willens wäre, sachpolitisch sauber begründete Anliegen in verantwortungsvoller Weise zu beschliessen. Ich fasse zusammen: Es gibt keine sachlichen Gründe gegen eine Reduktion. Die heutigen 60% entsprechen in keiner Art und Weise der finanziellen Lage unserer Gemeinde und sind überhaupt nicht imagefördernd. Die vorgebrachten Einwände sind nicht stichhaltig. Aus diesen Gründen bitte ich euch, der vorgeschlagenen Senkung zuzustimmen damit diese unsäglichen Steuerdiskussionen für mehrere Jahre beendet werden kann. Für mich ist klar: Nach dieser Senkung ist vorderhand Schluss. Wir bewegen uns jetzt im Kantonsdurchschnitt und ich will in den kommenden Jahren die Entwicklung abwarten und die Lage konsolidieren. Ich bin nun 12 Jahre für die Gemeindefinanzen verantwortlich. Ich habe mich in der Vergangenheit nie auf Experimente eingelassen und deshalb können sie auch jetzt meinem Urteilsvermögen und meiner Kompetenz vertrauen. Aus diesem Grund soll auch kein Feilschen wie an einem Basar stattfinden um den „richtigen“ Steuerfuss. Der Vorschlag des Gemeinderats basiert auf fundierten Überlegungen und ist stichhaltig.

**Philippe Doppler:** Ich habe bereits beim Eintreten die hervorragende finanzielle Lage der Gemeinde angesprochen. Dies bedeutet grosses Eigenkapitalpolster mit liquiden Mitteln und hoher Vorfinanzierung, eine sehr tiefe Verschuldung, ausserordentliche Abschreibungen diverser Investitionen in den letzten Jahren, hohe Einnahmen bei den juristischen Personen. Dazu kommt, dass einige Bauten in Planung sind, in die weitere Firmen einziehen werden, was noch mehr Steuern durch juristische Personen zu erwarten lässt. GR Max Hippenmeyer hat anlässlich der Debatte zur Rechnung 2011 im Juni ge-

sagt, dass wir nun die Früchte unserer Entwicklungspolitik ernten könnten, denn der Anteil der Steuern der juristischen Personen an den gesamten Steuereinnahmen ist in den vergangenen 5 Jahren von 25% auf 44% gestiegen. Diese Faktoren alleine wären schon Grund genug, dem Antrag des Gemeinderats auf eine Senkung des Steuersatzes für natürliche Personen von 60% auf 58.5% zuzustimmen. Damit noch nicht genug: In den letzten Jahren wurde mit sehr grosser Vorsicht budgetiert und entsprechend war der Voranschlag immer zu pessimistisch, um eine substanzielle Steuersenkung im Rat zu erwirken. Während die Voranschläge 2009 bis 2011 jeweils eine mehr oder weniger rote oder schwarze Null auswiesen, hat der effektive Rechnungsabschluss jeweils komplett anders ausgesehen. Dies war in der Rechnung 2009 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 8 Mio., in der Rechnung 2010 ein Ertragsüberschuss von rund CHF 3 Mio. und in der Rechnung 2011 einen solchen von sage und schreibe CHF 15.7 Mio. Man kann nun argumentieren, dass die Ertragsüberschüsse teilweise unerwartet waren oder ausserordentliche Erträge angefallen sind; dies haben wir in den letzten 3 Jahren immer wieder gehört. So sind in den letzten 3 Jahren total CHF 26.7 Mio. Ertragsüberschuss angefallen und der Steuersatz ist in dieser Zeit um magere 3.8% gesenkt worden, nämlich von 63.8% auf 60%. Die SVP plädiert seit Jahren, den Steuersatz so anzusetzen, dass auch der Steuerzahler von der guten finanziellen Lage profitieren kann und das Geld nicht im Tresor der Gemeinde gebunkert wird. Auf Seite der Gegner gibt es die Meinung, die SVP würde sich vehement gegen eine Erhöhung des Steuersatzes wehren, wenn dies notwendig würde. Was wäre überhaupt die Option, wenn die Gemeinde überhaupt keine liquiden Mittel mehr aufweisen würde und eine Erhöhung der Einnahmen notwendig wäre? Entweder Leistungen abbauen und so die Ausgaben senken oder die Einnahmen über die Steuern zu erhöhen; vermutlich beides und dies sieht auch die SVP, ohne ein Versprechen abzugeben. Anders, wenn es der Gemeinde finanziell sehr gut geht wie jetzt, dann sollten auch die Gegner einer Steuersenkung den Tatsachen ins Auge blicken und eine substanzielle Senkung des Steuersatzes unterstützen. Als ich den Bericht der RPK gelesen habe, war ich über die Argumentation der Minderheit, die sich gegen eine Senkung des Steuersatzes ausspricht, gestolpert. GR Max Hippenmeyer hat es bereits erwähnt, die Argumente zur unsicheren wirtschaftlichen Lage sind dieselben, die wir schon in den letzten 3 Jahren gehört haben. Wenn die Befürchtungen der letzten 3 Jahre auch nur am Rand eingetroffen wären, wäre der Ertragsüberschuss von CHF 15.7 Mio. in der Rechnung des Jahres 2011 kaum möglich gewesen. Aus diesen Gründen stellt die SVP-Fraktion den Antrag auf Senkung des Steuersatzes auf 57%. Auch wenn Pratteln zu einer Gebergemeinde im Finanzausgleich geworden ist, hat sich die Gemeinde auf der Basis der juristischen Personen schon längstens so gut positioniert, dass dieser Effekt mit sogar nur einem kleinen Teil der Steuern der juristischen Personen aufgefangen werden kann. Im RPK-Bericht steht, dass die Senkung des Steuersatzes für den einzelnen Steuerpflichtigen kaum spürbar sei. Diese Aussage kann ich als gewählter Volksvertreter nicht akzeptieren, hingegen greife ich dieses Argument auf, um den Antrag der SVP zur Steuersenkung auf 57% zu untermauern. Wenn die Gemeinde einen Überschuss von CHF 15.7 Mio. erzielen kann, kann sie auch eine Senkung des Steuersatzes der natürlichen Personen um 3% locker verkraften. Zudem sind diese 3% für jeden einzelnen Steuerpflichtigen noch spürbarer als nur 1.5%. Ich bitte sie, den Antrag auf 57% zu unterstützen, wir können es verkraften.

**Antrag von Philippe Doppler**

**Bruno Baumann:** Wir haben es von GR Max Hippenmeyer gehört: 3 Mal innerhalb von 4 Jahren und dies scheint mir ziemlich viel. Ich spreche für eine Minderheit unserer SP-Fraktion. Ich bin gegen die Steuersenkung und natürlich auch den Antrag der SVP auf 57%. Warum? Steigende Sozialkosten, Entlassungen in der Chemie, Entlassungen in der Maschinenindustrie und neuestens auch bei den Banken und dort nicht wenige. Mir ist klar, dass neue Stellen geschaffen werden; dies ist immer so, aber leider nicht in dem Ausmass, wie Leute auf die Strasse gestellt werden. Damit steigen unweigerlich auch die Sozialkosten, was man auch im Budget sieht. Ein weiterer Punkt ist unsere kantonale Pensionskasse. Diese muss saniert werden – es geht nicht anders. Wie man aus den Medien entnehmen kann, sind bereits verschiedene Gemeinden ausgestiegen oder haben vorsorglich gekündet. Ob dies rechtens ist, wird im Moment abgeklärt. Ich habe mir

sagen lassen, dass unsere Gemeinde für dies CHF 2 Mio. auf die Seite gelegt hat; ob dies reicht, bezweifle ich. Hier muss die Gemeinde noch gehörig in die Kasse greifen und die Pensionskasse mithelfen zu sanieren. Andere Gemeinden haben ebenfalls Steuersenkungen vorgenommen. Die Stadt Luzern als Beispiel hat gestern die Steuern wieder mit 2/3-Mehr erhöht. Es ist schön, dass Pratteln finanziell gesund ist. Dies ist der Verdienst von Gemeinderat und Einwohnerrat, ein Verdienst der ganzen Gemeinde, aber es kann und darf nicht sein, dass man jetzt einfach sagt „Wir haben in den letzten 3, 4 Jahren Überschuss gemacht“. Viele haben vergessen, dass wir noch vor wenigen Jahren froh gewesen sind, dass wir vom Kanton Geld erhalten haben. Ich frage mich, ist es heute der richtige Zeitpunkt, die Steuern zu senken, wenn es uns gut geht und wir in der Gemeinde die Gelegenheit haben, dem Kanton etwas zurückzuzahlen, das wir vor Jahren über Jahre hinweg erhalten haben. Wenn wir nun die Steuern senken, heisst dies „Kanton, es geht uns nichts an, wie es bei euch weiter geht“. Vielleicht hat man Dankeschön gesagt, dass man Geld erhalten hat. Ich finde, dass wir in der Pflicht sind, dem Kanton Geld zurückzugeben und damit auch den kleineren Gemeinden, die mit Zuzüger\*innen nicht so gesegnet sind, die ihre Investitionen mit dem Finanzausgleich tätigen können. Darum bitte ich euch, keiner der beiden Steuersenkungen zuzustimmen.

**Kurt Lanz:** An GR Max Hippenmeyer: Wahrscheinlich hast du mit den 3 Herren, die Du angesprochen hast, auch den Alterspräsidenten gemeint; darum ist er ja Alterspräsident. Ich habe sehr gut gehört, was du gesagt hast. Ich habe zu Beginn schon gesagt, dass die SP-Fraktion sehr lange über diese Steuersenkung diskutiert hat. Es standen 3 Sachen zur Diskussion: Es waren dies 58.5%, 59% und, wie gerade von Bruno Baumann gehört, gar keine Steuersenkung. Eine Mehrheit der SP-Fraktion hat sich dazu bekannt, dass ein Gemeinwesen wie eine Einwohnergemeinde kein Finanzinstitut ist und darum auch kein Geld horten oder auf die Seite scheffeln soll, nur, weil es eingenommen wird und es schon gar nicht sinnlos ausgeben. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass es trotz allem verschiedene anstehende Investitionen gibt. Wir haben heute Abend von der neuen Gemeindeverwaltung gehört, Schulhäuser werden auch saniert. Wir haben gesehen, dass Schulhausdächer erhalten sind und wenn man im Mehrjahresprogramm nachschaut, sieht man, dass noch mehrere Dächer vorhanden sind und es gibt Strassen, die zu sanieren sind. Weiter stellt sich die Frage, wie der Gemeinderat mit energiesparenden Massnahmen an Gebäuden umgeht und auch dies sind Investitionen in die Zukunft, die man nicht machen kann, wenn man kein Geld hat. Also muss ich den Gemeinderat anhalten, dass man gerade jetzt solche Sachen macht, wo Geld vorhanden ist. Die Pensionskasse wurde angesprochen und man sieht, dass noch viel Arbeit auf die Gemeinde wartet, was nicht alles gratis zu haben ist. Der Wegzug von juristischen Personen wurde heute Abend erwähnt. Ich gehöre jetzt zu denen, Philippe Doppler, die sagen, wenn der Ertragsüberschuss budgetierbar gewesen wäre, hätte der Gemeinderat dies auch so budgetiert. Es gibt halt, auch auf der negativen Seite, Sachen, die sehr schwer zu budgetieren sind. Die SP-Fraktion ist nach langem Ringen und langen Diskussionen der Meinung, dass wir dem Vorschlag des Gemeinderats mit 58.5% folgen. Wir haben aber auch sehr gut gehört, dass GR Max Hippenmeyer heute Abend an dieser Sitzung gesagt hat, dass er keine weitere Senkung vorhat und von „Konsolidieren in den nächsten Jahren“ geredet hat. Nur mit diesem Hintergrund konnten wir sagen „Ja, aber dann wollen wir nicht schon wieder nächstes Jahr eine Diskussion über den Steuersatz“, sondern nehmen den Gemeinderat beim Wort und weisen ihn auf dieses hin. Wichtig ist das Abstimmungsprozedere: Von der SVP sind 57% gefordert. Wenn diese 57% zur Abstimmung kommen, können wir dieser Steuersenkung nicht zustimmen. D. h. ich bitte sie, die 57% der SVP abzulehnen, die für uns ein No-Go sind. Falls diese 57% bis zur Schlussabstimmung eine Mehrheit finden würden, wo wir mit 2/3-Mehr darüber abstimmen, ob 58.5% oder Nichts, dann würden wir uns für Nichts entscheiden. Ich bitte daher um Ablehnung der 57% und stimmen sie den 58.5% des Gemeinderats zu und wir haben die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuersenkung. Dies ist eine der besten Lösungen, die heute Abend passieren kann.

**Stephan Ackermann:** Kurt Lanz; dies verleitet mich fast zu einem weiteren Exkurs, wie man abstimmen soll, aber ich lasse es jetzt. Ich selber kann mit den vorgeschlagenen 58.5% leben und deshalb bringe ich nicht den Vorschlag, wie man es aufgleisen müsste, damit wir bei den 60% bleiben. Wir haben in der Fraktion lange hin und her diskutiert und auch gesagt, ob man nicht weiter hinunterkommen müsste als 58.5%. Man hat von 55% und 57% geredet. Immer, wenn man das Gesamte anschaut, und sich überlegt, wie sicher und planbar dies alles ist. Ich habe bei meinem Eintretensvotum die kritischen Punkte erwähnt, auf die wir gar keinen Einfluss haben und gerade diese Sachen sind wesentlich und könnten unsere ganze Planung über den Haufen werfen. Dies wird die Zukunft zeigen und dann werden wir nicht mehr um 1.5% reden, sondern um Anderes. Wahrscheinlich wird der Kanton darüber reden, wie der kantonale Steuersatz ist und dann sind wir mit den 58.5% plötzlich höher als jetzt mit den 60%. Deshalb lege ich euch nahe, dem Vorschlag des Gemeinderats auf die 58.5% zu folgen. Aus meiner Sicht profitieren Steuerzahler nicht nur von Steuersenkungen, sondern jeder Steuerzahler und jeder Einwohner und jede Einwohnerin profitiert auf vielfältige Art vom Gemeinwesen der Gemeinde Pratteln und dies müssen wir uns vor Augen halten. Der kantonale Durchschnitt wurde angesprochen; ich glaube, dass wir mit dem Vorschlag des Gemeinderats plötzlich unter dem kantonalen Durchschnitt liegen werden und dies ziemlich schnell, ohne auf 57% zu gehen. Landauf und landab haben nicht alle Gemeinden so tolle Möglichkeiten wie wir und diskutieren über eine Steuersenkung, sondern diskutieren über eine Steuererhöhung und beschliessen sie sogar. Wir werden also kurzfristig unter dem kantonalen Durchschnitt liegen und dies ist toll. Zu einem Argument von Bruno Baumann: Wir haben vom Kanton profitiert; müsste man jetzt, wo es uns gut geht, auch etwas an den Kanton zurückgeben? Klar geben wir etwas zurück. Wir könnten mehr zurückgeben, wenn wir mit den Steuern nicht heruntergehen würden. Deshalb kommen wir „nur“ auf die CHF 150'000 und nicht auf CHF 450'000. Ehrlich gesagt geben wir dem Kanton sehr viel als Industrie- und Gewerbestandort. Indem wir diese Ansiedlungen in unserer Gemeinde haben und die Haupteinnahmen dieser Steuern an den Kanton fließen und nur ein Teil in Pratteln zurückbleibt, leisten wir einen genug grossen Beitrag. Deshalb bitte ich euch, dem Gemeinderat zu folgen. Sehr gespannt bin ich, wenn wir in kleinerem Kreis um Steuererhöhungen diskutierten und ich weiss, dass ich dem Votum von Mario Puppato Glauben schenken kann. Ich glaube aber auch, was Benedikt Schmidt heute Abend gesagt hat: Wir werden dann über ganz kleine Sachen beginnen zu diskutieren wie der Streichungsantrag von Urs Hess im Umweltschutzbereich und das bedaure ich sehr. Ich bin der Meinung, dass man auch in diesem Bereich Geld investieren soll und nicht um die Steuern tief zu behalten, dort kein Geld zu sprechen. Ich hoffe, dass dann auch die FDP-Mitte Hand bieten, gewisse ökologische Arbeiten aufrechtzuerhalten und ich bin so ehrlich, von der SVP erwarte ich dies nicht.

**Mario Puppato:** Ich habe beim Eintreten klar gesagt, was unsere Meinung und Haltung ist. Ich habe von unserer Fraktionsabstimmung erzählt. Wir werden voll hinter dem Antrag des Gemeinderats stehen und auch so stimmen. Wir wollen die 58.5%, dies ist verantwortlich und wir können uns dem Antrag der SVP von 57% nicht anschliessen um so mehr wir keine Chance auf ein 2/3-Mehr hätten. Zu meinem Wort: Ich werde als Fraktionspräsident für eine geschlossene Fraktionsgemeinschaft sein, in der alle gesagt haben, wir müssen auf beide Seiten flexibel ein. Die Aussage von GR Max Hippenmeyer, dass wir in den nächsten Jahren keine Steuerdebatte haben werden, haben wir auch gehört. Wir unterstützen alle Anträge des Gemeinderates.

**GR Max Hippenmeyer:** Es wurde sehr gut und sachlich diskutiert, danke dafür. Philippe Doppler: Ich gebe dir recht; es wurde pessimistisch budgetiert. In der Zwischenzeit mussten wir eine grosse unbekannte Komponente zur Kenntnis nehmen und dies ist der Finanzausgleich. Dieser schwankt und hängt von Faktoren ab, die wir nicht beeinflussen können. Wir haben genug Polster im Eigenkapital und wenn 2 oder 3 Blackboxes auftauchen würden, ist 57% ein doch etwas weicher Untergrund. Zum Finanzausgleich, Bruno Baumann: Du hast immer gesagt: „Dem Kanton etwas zurückgeben“. Der Finanzausgleich ist seit 2 Jahren neu geregelt und heisst „Horizontaler Finanzausgleich“. Und hori-

zontal bedeutet: Dies ist ein Topf, der unter den Gemeinden verteilt wird. Wir geben es nicht dem Kanton. Unsere juristischen Personen geben ihre Abgaben an den Kanton, aber der Finanzausgleich stellt eine solidarische Angelegenheit unter den Gemeinden dar, die auch nicht Sinn und Zweck hat, den oberbaselbieter Gemeinden oder wo auch immer, Investitionen zu finanzieren. Es handelt sich um einen Ausgleich, damit jede Gemeinde eine minimale finanzielle Ausstattung hat. Diese finanzielle Ausstattung hatten wir früher nicht und haben kassiert und jetzt haben wir sie über Gebühr und geben ab. Zur Pensionskasse: Wir haben Rückstellungen von CHF 2.5 Mio. vorgenommen. Ich bitte euch, dies auszuklammern aus folgenden Gründen: Diese Angelegenheit ist dermassen im Fluss; es steht eine Gemeindeinitiative im Raum, über die wir an der nächsten Einwohnerratssitzung diskutieren. Die Finanzkommission des Landrates hat verschiedene Vorstellungen und ich wage zu behaupten, dass der Termin von 2014 nicht eingehalten werden kann. Wir wissen also überhaupt nicht, was auf uns zukommt. Wir wissen, dass es uns Geld kostet und es ist schlussendlich nicht nur der Steuerzahler, der dies zahlt; es sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber und dies sehen wir, wenn die Fakten auf dem Tisch sind. Es ist nicht klug, wenn wir auf Zusehen hin denken, man könnte dann so und so viel zahlen. Lassen wir den Steuersatz wie vorgeschlagen. Wenn dann wegen der Pensionskasse Not am Mann sein sollte, in 4 oder 5 Jahren, sitzen wir wieder zusammen und diskutieren. Es gibt andere Gemeinden, die viel grössere Probleme haben als wir. Zu den Investitionen: Wir haben CHF 25 Mio. flüssige Mittel und CHF 20 Mio. zurückgestellt. Mit CHF 45 Mio. können wir schon Vieles machen, und wenn ihr später den Finanzplan anschaut, können wir sogar bis CHF 80 Mio. gehen, wenn wir uns ein wenig verschulden würden, was per se nichts Schlechtes ist. Investitionen für Schulden sind immer gut, aber Schulden für den Konsum zu machen und strukturelle Defizite sind schlecht. Bei einer Verschuldung von CHF 40 Mio. würde dies bei den heutigen Zinssätzen rund CHF 800'000 kosten. Dies ist weniger als die Hälfte, was wir jährlich einsparen, weil wir CHF 20 Mio. zurückgestellt haben. Zum Steuerdurchschnitt: Hier ist der Durchschnitt des ganzen Kantons gemeint. Wenn man jedoch die Gebergemeinden anschaut, liegt er unter 52%. Warum ist er so hoch? Weil es Gemeinden gibt wie beispielsweise Aesch, Muttenz und Pratteln, die dies nach oben treiben. Die meisten Gebergemeinden haben eine 4 vor dem Komma: Pfeffingen 45%, Arlesheim und Binningen 45%. Also sind wir noch weit weg; dies müssen wir auch nicht haben. Diese Angaben, damit man es etwas auseinanderhält und nicht alles in denselben Kübel wirft.

**Philippe Doppler:** Wir halten am Antrag 57% fest, insbesondere, wenn ich von GR Max Hippenmeyer höre, dass der Steuersatz in Zukunft kein Thema sein soll. Dies geht in unseren Augen nicht. Wenn dies wirklich so ist, ziehst du dich aus der Verantwortung, weil der Steuersatz auch in der Verantwortung des Gemeinderates liegt und die Einnahmen der Gemeinde steuert. Wenn wir nun, angenommen, in der Rechnung 2012 oder 2013 wieder CHF 15 Mio. Gewinn haben und im folgenden Jahr wieder, alle Investitionen vorfinanzieren, Abschreibungen machen und alle Schulden zurückzahlen und am Schluss doch mehr Geld im Tresor haben und darin baden wie Dagobert Duck, ist dies eine starre Finanzpolitik und geht nicht. Man kann sich als Gemeinderat nicht aus dem Thema Steuersatzdiskussion ziehen und so hoffe ich, dass du auch in Zukunft bereit bist, über das Thema zu diskutieren und wenn es die finanziellen Verhältnisse erlauben, auch weiterhin Steuersenkungen beantragt werden. Wir halten am Antrag fest und ich bitte, die 57% zu unterstützen.

#### Abstimmungen

*Ausgemehrt werden der Antrag der SVP auf 57% und den Antrag des Gemeinderats von 58.5%. Im Anschluss wird über den obsiegenden Antrag mit dem notwendigen 2/3-Mehr abgestimmt.*

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderats mit grossen Mehr gegen 11 Stimmen zu.

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen (2/3-Mehr = 26 Stimmen):

://: 2.1 Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **58.5% des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (bisher 60%).

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2.2 Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95% des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2.3 Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **2.75%** festgesetzt (unverändert).

### 3. Feuerwehrpflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: **Feuerwehrpflichtersatz: 10.0% des Gemeindesteuerbetrages**, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

### 4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20% gewährt (bisher kein Rabatt).

### 5. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

#### **Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MWSt. 8.%)**

|                                      | <u>unverändert</u> | <u>ab 1.3.2013</u> |
|--------------------------------------|--------------------|--------------------|
| <b>a) Gebührensäcke nach Volumen</b> |                    |                    |
| 17 Liter, maximal 3 kg               | CHF 1.10           | CHF 1.00           |
| 35 Liter, maximal 6 kg               | CHF 2.20           | CHF 2.00           |
| 60 Liter, maximal 12 kg              | CHF 4.40           | CHF 4.00           |
| 110 Liter, maximal 18 kg             | CHF 6.60           | CHF 6.00           |

**b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht** (Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)

|          |                 |     |      |     |      |
|----------|-----------------|-----|------|-----|------|
| pro 6 kg | 1 Gebührenmarke | CHF | 2.20 | CHF | 2.00 |
|----------|-----------------|-----|------|-----|------|

**c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht**

|               |     |       |     |       |
|---------------|-----|-------|-----|-------|
| pro Leerung   | CHF | 16.75 | CHF | 13.50 |
| pro Kilogramm | CHF | 0.259 | CHF | 0.216 |

**d) Häckseldienst**

|                            |     |                 |
|----------------------------|-----|-----------------|
| Grundgebühr bis 5 Minuten  | CHF | 25.00           |
| Grundgebühr bis 10 Minuten | CHF | 50.00           |
| ab 11. Minute              | CHF | 4.00 pro Minute |

**e) Container für Grüngut**

|                     |     |        |
|---------------------|-----|--------|
| 120 Liter-Container | CHF | 78.00  |
| 240 Liter-Container | CHF | 148.00 |
| 770 Liter-Container | CHF | 448.00 |

6. Festsetzung der Nachtparkgebühr

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme:

://: Die Nachtparkgebühr wird auf CHF 40.00 pro Monat festgesetzt (unverändert).

7. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen:

://: Es wird keine Teuerungszulage gewährt.

8. Genehmigung Voranschlag 2013

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Voranschlag für das Jahr 2013 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 71'232 genehmigt.

**Prüfung der Gemeinderechnung:** Mauro Pavan informiert, dass laut Gemeindegesetz die Bestimmung der Revisionsstelle der RPK obliegt; es wird also im Einwohnerrat nicht darüber abgestimmt.

---

## Geschäft Nr. 2812

## Finanzplan 2013 - 2017

### Aktenhinweis

- Finanzplan 2013 - 2017

**GR Max Hippenmeyer:** Der Finanzplan liegt vor uns; in den letzten Jahren wurde viel darüber diskutiert und jetzt darf ihn der Einwohnerrat zur Kenntnis nehmen und nicht mehr darüber befinden. Grosse Ausführungen zum Finanzplan sind nicht nötig. Für den Gemeinderat ist es ein Wegweiser, wohin wir gehen, ob wir dieses oder jenes wollen oder nicht. Die wichtigste Aussage befindet sich auf Seite 13 auf der zweituntersten Zeile „Eigenkapital CHF 6.482 Mio.“ – in etwa so viel wie jetzt. Dies zeigt uns, dass wir gut unterwegs sind und die vor uns liegenden Investitionen, die wir nun mit Volldampf in die Wege leiten, ohne weiteres verkraften und dies mit einem Steuerfuss von 58.5%.

**Stephan Ackermann:** Wir nehmen den Finanzplan zur Kenntnis und bedanken uns für die Zusammenstellung. GR Max Hippenmeyer hat auf Seite 13 verwiesen und ich verweise auf Seite 12; die Schuldenlast bleibt ja nicht gleich, sondern steigt massiv im Jahr 2017 an. Natürlich sind Investitionen geplant; wir sehen, wie sich die Zukunft entwickelt. Das Wesentliche ist vorher beim Voranschlag gesagt worden und Wiederholungen sind nicht nötig. Ich danke für den Voranschlag und wir nehmen ihn zur Kenntnis.

**Christian Schäublin:** Die SVP-Fraktion dankt allen, die an den Finanzplanungen mitgewirkt haben. Ich vermisse einen RPK-Bericht; dazu verweisen wir auf die Geschäftsordnung des Einwohnerrates in Punkt 3.3.2.3.3. Dort steht, dass die RPK schriftlich Bericht erstatten muss. Wahrscheinlich handelt es sich um ein Überbleibsel. Der Finanzplan der Einwohnergemeinde zeigt, wie schon im Vorjahr, ein deutlich positiveres Bild als vor Jahren. Trotzdem nehmen wir an, dass die weitere Ansiedlung von Unternehmen unseres Erachtens in den Steuereinnahmen immer noch zu wenig berücksichtigt ist und plädieren für eine positivere Prognose für die künftigen Steuereinnahmen der juristischen Personen.

**Andrea Klein:** Wir haben festgestellt, dass der Finanzplan nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde. Er enthält sehr viele positive Zeichen, zum Beispiel, dass die Steuersenkung machbar ist, dass wir auch Überdeckungen erzielen können und dass die Bereiche Bildung, Kultur, Freizeit und soziale Wohlfahrt sehr konstant bleiben. Natürlich wird auch gezeigt, dass der Investitionsbedarf sehr hoch ist und dies ist eine sehr grosse Sache. Die Positionen sind hoch und werden Pratteln nachhaltig prägen; auch an ihrem Standort und in ihrer Aussenwirkung. Dies ist ein gutes Zeichen für unsere Stadt, unser Dorf. In dem Sinn spricht die FDP-Mitte-Fraktion allen beteiligten Personen ihren Dank für diese seriöse Arbeit aus.

**Thomas Sollberger als Präsident der RPK:** Die RPK ist aufgrund der Änderung vom Genehmigen zur reinen Kenntnisnahme davon ausgegangen, dass sie zum Finanzplan keinen schriftlichen Bericht abgeben muss. Falls dies gewünscht wird, können wir diesen zu einem späteren Zeitpunkt noch erstellen.

**Urs Hess:** Von mir aus muss die RPK nicht mehr über diesen Finanzplan berichten; dies kann sie das nächste Mal zur richtigen Zeit machen und dann hat man ihn. Eine Frage an den Gemeinderat: Der Zusammenschluss der laufenden Rechnung „Bildung“ ist in etwa ähnlich und nimmt knapp CHF 2.5 Mio. zu. Ich möchte wissen, wenn ich an Harnos denke und wir 1 Jahr mehr Schule geben, müssten doch die Kosten massiv steigen? Was hat nun der Gemeinderat in seinem Finanzplan dafür eingestellt?

**GR Max Hippenmeyer:** Die Kosten müssen nicht unbedingt steigen. Die Kinder gehen 6 Jahre in die Primarschule und nur noch 3 Jahre in die Sekundarschule. Und dafür sind wir gerade dabei, die Minderkosten mit dem Kanton herab zu brechen. Man redet von

einer Grössenordnung von rund CHF 35 Mio. und dieses Geld fliesst hier ein. Kosten entstehen durch Gruppenräume, Schulräume, was wir im Investitionsprogramm gesehen haben. Per se kostet Harnos nicht viel mehr und das zusätzliche Jahr Primarschule wird vom Kanton abgegolten.

Der Finanzplan 2013 - 2017 wird zur Kenntnis genommen.

---

## **Geschäft Nr. 2817**

## **Postulat der Mitteparteien (BDP und CVP), Dominique Häring und Marc Bürgi, betreffend „Die Gemeinde achtet auf eine effiziente Energienutzung bei gemeindeeigenen Objekten“**

### Aktenhinweis

- Postulat der Mitteparteien (BDP und CVP), Dominique Häring und Marc Bürgi, betreffend „Die Gemeinde achtet auf eine effiziente Energienutzung bei gemeindeeigenen Objekten“ vom 19. November 2012

**GR Stefan Löw:** Der Gemeinderat möchte das Postulat entgegennehmen und macht die Bemerkung, dass es sich hierbei eher um eine Interpellation handle. Der Gemeinderat macht beliebt, das Postulat entgegenzunehmen, zu beantworten und dann gleich abzuschreiben.

**Dominique Häring:** Es ist uns bewusst, dass diese Vorlage eher einer Interpellation gleichkommt und wir es auch in dieser Form hätten einreichen können. Wir haben diesem Thema nach der Zustellung der Energiestadtbrochure etwas mehr Nachdruck verleihen wollen. Im Hinblick auf den Erhalt des Labels und die Förderung alternativer Energien und Energiequellen begrüßen wir es, wenn sich die Gemeinde Pratteln am Projekt, wie es SOPRA anleitet und umsetzt, auch beteiligt. Das Wesentliche haben wir im Postulat ausgeführt und dies reicht aus, es an den Gemeinderat zu überweisen.

**Urs Hess:** Die Interpellantin hat gemerkt, dass ihr Postulat eine Interpellation ist und dies ist schon viel wert. Nicht verstehe ich, dass es der Gemeinderat gerade beantworten will, wenn man schon den Vorstoss falsch gemacht hat. Ich denke, wir geben dem Postulat eine Chance und überweisen es, aber die Antwort kann das nächste oder übernächste Mal kommen.

**Präsenz:** Neu sind 38 Personen des Einwohnerrates anwesend; das einfache Mehr beträgt 20 Stimmen, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

### Abstimmung zur Überweisung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2817 wird an den Gemeinderat überwiesen.

**Stefan Löw beantwortet das Postulat:** Frage 1: *Inwiefern beteiligt sich die Gemeinde an den Kosten für den Bau bzw. die Installation der Anlage?* Der Gemeinderat stellt das Dach und die Installationen für die Solaranlage gratis zur Verfügung. Die Dachkonstruktion musste dementsprechend dimensioniert und angepasst werden und dies ist damit der Beitrag der Gemeinde. Frage 2: *Wie wird dies im Budget verankert?* Dafür braucht

es kein besonderes Budget; diese Kosten sind in den Baukosten für das Feuerwehrmagazin enthalten. Frage 3: *Ist die Gemeinde gewillt, sich mittels einer der Finanzierungsvarianten bei der SOPRA einzubringen?* Aus Präjudizgründen muss von einem Auftritt der Gemeinde als Investor abgesehen werden. Die Gemeinde beteiligt sich insofern an den Kosten, als sie das Dach zur Verfügung stellt. Frage 4: *Wenn ja, welche der Varianten würde vom Gemeinderat bevorzugt?* Die Beantwortung dieser Frage erübrigt sich. Frage 5: *Wie hoch kann die Finanzierung gesprochen werden?* Siehe die Antwort auf Frage 3. Frage 6: *Wenn Nein, wie gedenkt die Gemeinde Pratteln ihr Label weiterhin auszubauen?* Die Ziele der Energiestadt sind klar definiert und werden bei Re-Audits auf ihre Wirkung hin kontrolliert. In einem Zeitraum von 4 Jahren wird die Zertifizierung neu überprüft und es gibt eine neue Prüfung und die Ausrichtung wird klar festgelegt und definiert. Die Stabilisierung des Gesamtverbrauches der Gemeinde wird immer wieder angeschaut und der Verbrauch analysiert. Der Anteil erneuerbarer Energieträger und der Abwärme ist zu erhöhen. Bei Ersatzbeschaffungen wird dies immer wieder berücksichtigt und geprüft. Der Energiebedarf für Raumwärme soll reduziert werden und dies jeweils mittels baulicher Massnahmen. Die gemeindeeigenen Gebäude werden energietechnisch untersucht und die entsprechenden Massnahmen vorgeschlagen. Es wird eine Energiebuchhaltung geführt und vor der Vergabe von Wettbewerben und Submissionen der Gemeinde werden diese Sachverhalte immer berücksichtigt. Vorgaben bei den Quartierplänen bzw. verdichtete Bauweise, Minergie, Abfallbewirtschaftung, Fahrradabstellplätze, Anbindung an den öV sind immer klar festgelegte Ziele. Weiter streben wir die Umsetzung der 2'000-Watt-Gesellschaft an und die Zusammenfassung der Wärmeverbünde bei neuen Quartierplänen. Weiter die Schaffung neuer Begegnungszonen, Förderung und Stärkung des Langsamverkehrs, Umsetzung von Tempo-30, Ausbau und Stärkung von Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Es sind sehr viele Sachen, die unter dem Label der Energiestadt gemacht werden und auch im Vollzug sind. Im Zusammenhang mit dem Gastauftritt an der Prattler Ausstellung fand eine Ausstellung zur Energiestadt Pratteln statt und dabei entstand auch der Flyer, den sie einer breiten Öffentlichkeit weitergeben sollen und darauf aufmerksam machen. Frage 7: *Welche Projekte sind geplant, erneuerbare Energien zu fördern?* Mit der Einführung des neuen Energieförderungsreglements durch den Einwohnerrat haben sie aufgezeigt, in welche Richtung es weitergeht. Das Reglement hat seine Verbindlichkeit und darin ist auch das finanzielle Engagement der Gemeinde definiert. Ich bitte sie, das Postulat abzuschreiben.

#### Abstimmung zur Abschreibung

Der Rat beschliesst einstimmig auf Antrag von Gemeinderat Stefan Löw:

://: Das Postulat Nr. 2817 wird abgeschrieben.

---

## **Geschäft Nr. 2818**

## **Postulat der Fraktion FDP-Mitte, Dieter Stohler, betreffend „Globalbudgetierung“**

### Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion FDP-Mitte, Dieter Stohler, betreffend „Globalbudgetierung“ vom 26. November 2012

**GR Max Hippenmeyer:** Dieter Stohler hat schon in seinem Postulat geschrieben, dass wir bereit seien, das Postulat entgegenzunehmen und auch bereit, neue Wege zu suchen. Ich hoffe, es geht nicht mehr 12 Jahre, bis es erledigt ist, aber Dieter Stohler wird

dies hier nicht mehr erleben. Ich hoffe, seine Amtszeit hierin geht in 5 Minuten zu Ende. Wir nehmen es gerne entgegen.

**Dieter Stohler:** In der Traktandenliste ist ein Fehler: Es ist nicht ein Postulat der FDP-Fraktion; diese gibt es nicht mehr. Neu heisst sie Fraktion FDP-Mitte, wir sind hier sehr wohl in der Mitte. Die gesamte Fraktion steht einstimmig hinter dem Postulat und daher beantrage ich ihnen, dies auch zu unterstützen und zu überweisen. Mit grosser Freude höre ich vom Gemeinderat, dass er bereit ist, es entgegenzunehmen. Warum ein Postulat und nicht eine verbindlichere Motion? Wie Figura zeigt, kann auch eine Motion unbeantwortet bleiben und es geht nichts. Also kann man es auch mit einem Postulat versuchen. Es geht uns darum, mit einem Postulat das, was den letzten Vorstoss zum Scheitern gebracht hat, den Gemeinderat nicht einzuengen und nicht auf ein Modell zu fixieren, zu dem der Gemeinderat sagt, es ist nicht mehr aktuell, es geht gar nicht oder man kann es nicht umsetzen. Also bewusste Freiräume für den Gemeinderat und dass er prüfen und berichten soll, wie es in einem Postulat sein soll. Der Gemeinderat soll die Vor- und Nachteile aufzeigen und je nachdem beschliesst der Einwohnerrat das weitere Vorgehen. Es handelt sich sicher um ein aufwendiges Projekt, wenn es schlussendlich durchgeführt werden sollte, aber nun hat sich die Situation auf der Gemeinde bzw. Abteilung Finanzen stabilisiert. Da haben wir andere Zeiten erlebt, in denen wir Verständnis hatten, dass man nicht an der früheren Motion arbeiten konnte. Jetzt haben wir wirklich eine andere Situation und unter diesen Rahmenbedingungen erhoffe ich mir eine komfortable Mehrheit, die für eine Überweisung ist. Zum Inhalt: Im Zentrum stehen Fragestellungen wie beispielsweise: Sollen sich die RPK und auch der gesamte Einwohnerrat über 1'400 Konten beugen und sich in Details verlieren, auf die Gefahr, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht, oder soll man nicht besser im Sinne eines top-down-Ansatzes sich auf das Wesentliche zu beschränken und dieses fundiert zu beleuchten? Ich selber bin für die zweite Variante. Soll sich der Einwohnerrat drauf beschränken, eine Input-Steuerung vorzunehmen und aufzulisten, wo wie viel Geld ausgegeben werden darf und wie viel vermutlich eingenommen wird? Oder soll der Gemeinderat dem Einwohnerrat die zur Verfügung gestellten Mittel systematisch an Leistungen oder Wirkungen knüpfen? Ein aktuelles Beispiel: Ich finde es nicht sehr effizient, wenn der Einwohnerrat eine halbe Stunde darüber diskutiert, wie viele Busseneinnahmen wir haben sollen. Wir haben vom Gemeinderat gehört, dass er eh dasselbe macht, egal welche Zahl im Budget steht, es ist eine Zahl, die man wirklich nicht budgetieren kann. Solche Leerläufe könnte man damit vermeiden. Es macht Sinn, über eine stufengerechte Lösung zu diskutieren. Die Erfahrungen in Reinach und anderen Gemeinden sind offensichtlich sehr positiv. Ich danke für die Unterstützung dieses Postulates.

**Christine Gogel:** Wir sehen die Vorteile. Die Verwaltung erhält mehr Handlungsspielraum in der Verwendung der Ressourcen. Wir haben aber auch Bedenken, dass der Rat mit dem Globalbudget geschwächt wird. Darum ist die Fraktion der Meinung, dass die Möglichkeiten eines Globalbudgets für Pratteln ausführlich geprüft werden sollen. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat gemachte Erfahrungen anderer Gemeinden in seine Prüfung mit einbezieht, sodass wir ein ausgewogenes Bild erhalten. Die SP-Fraktion ist für Überweisung.

**Roger Schneider:** Auch unsere Fraktion hat dies an der letzten Sitzung besprochen. Wir finden es wert, den Ansatz der wirkungsorientierten Verwaltungsführung genauer anzuschauen. Wichtig ist, dass auf keinen Fall Kompetenzen des Rates eingeschränkt werden, auch wenn es so viele Konten sind, über die man diskutieren könnte; der Teufel steckt im Detail, und da dürfen die Kompetenzen des Rates nicht eingeschränkt werden.

**Philippe Doppler:** Wenn dieses Postulat, so wie der Vorgängervorstoss, die Motion 2018, 12 Jahre lang beim Gemeinderat liegt, bleibt uns Dieter Stohler noch lange in schriftlicher Form erhalten. Wir haben dies in der Fraktion diskutiert; hatten verschiedene Fragen und unter anderem auch, wie sich der Kompetenzbereich des Einwohnerrates verändern könnte. Wird er geschwächt, wird er gestärkt und genau dies ist Thema der

Abklärung des Postulates und es heisst prüfen und berichten und wir überweisen es gerne.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen:

://: Das Postulat Nr. 2818 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

**Urs Hess** stellt einen Ordnungsantrag auf Schliessung der Sitzung, da die Zeit schon fortgeschritten ist.

://: Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 23 Nein zu 12 Ja ab.

---

## **Geschäft Nr. 2819**

## **Interpellation der SP-Fraktion, Claudio Rossi, betreffend „Erhalt der Attraktivität der GGA“**

### Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Claudio Rossi, betreffend „Erhalt der Attraktivität der GGA“ vom 28. November 2012

**GR Ruedi Brassel:** Es stehen 2 Fragen zu Beantwortung und beide Fragen gehen ineinander über. Frage 1: *Stehen Projekte der GGA an die die visionäre Stellung der GGA ausbauen können?* Vor 1 Jahr hat der Einwohnerrat eine Vorlage bewilligt, die einen Netzausbau und eine Netzsanierung der GGA enthalten hat. Es ist eine langandauernde Strategie, dass die GGA mit dem Glasfaserkabel immer weiter ins Quartier geht, ein immer feineres Netz macht und immer weniger Haushalte an einem Knoten anschliessen kann und so das Glasfaserkabel immer näher ans Haus kommt. Strategie ist, dadurch eine Grundlage für die sanfte Migration zum Fiber-to-the-Home zu schaffen. Dies ist eine langfristig ausgelegte Strategie und steht einer vollständigen Fiber-to-the-Home in Nichts nach, weil wir eine so feine Verästlung haben, die beim jetzigen Stand der Technik und noch auf 5 – 10 Jahre ausreichen wird. Trotzdem wird es ausgebaut und immer mehr mit dem Glasfaserkabel verknüpft. Diese technische Seite findet ihren entsprechenden Ausbau im Hub, der Kopfstation, wo die entsprechenden Ausbauten auch gemacht werden und die neueste Technologie Einzug gefunden hat und weiter finden wird. Diese Netzsanierungsphase läuft, im Investitionsprogramm sind entsprechende Ausbauten auch für die kommenden Jahre vorgesehen sind. Frage 2: *Wie will der Gemeinderat die Attraktivität der GGA sichern?* In der Kopfstation und unter dem Boden geschieht hier Vieles, was aber nicht sichtbar ist und nicht realisiert wird. Realisiert wird aber, dass die Anzahl der Kanäle wächst. So haben wir in diesem Jahr das Angebot an HD-Sendern mehr als verdoppelt; es sind über 30 HD-Sender über die GGA-Pratteln erhältlich, was absolut im Rahmen der Mitkonkurrenten liegt, wenn nicht darüber. Wir haben 200 digitale Sender und analoge Sender sind auch zahlreicher vorhanden als bei anderen Anbietern. Wir haben also ein sehr breites Angebot und halten auch daran fest, dass analoge Sender, obwohl sie sehr viel Platz im Kanalraster beanspruchen, solange wie möglich aufrechterhalten werden. Gerade ältere Personen, die nur analog empfangen, sollen auch eine grössere Auswahl an Sendern haben und nicht abgeschottet/abgeschaltet werden, wie es bei anderen Mitkonkurrenten der Fall ist und auch bei der Swisscom, die analoge

Sender zum Teil gar nicht mehr führen. Dass andere Anbieter, wie der Interpellant schreibt, aufgeholt haben, liegt daran, dass sie mit einem Kupferkabel derart im Rückstand waren, dass sie aufrüsten mussten, weil sie ihre angebotene und verrechnete Leistung gar nicht erbringen konnten. Es ist logisch, dass der Quantensprung bei der Swisscom, die nun das ganze Dorf damit behelligt, kommen musste. Wenn man das Preis-Leistungs-Verhältnis anschaut, so ist klar, dass die GGA absolut konkurrenzlos ist. Dies lässt sich an verschiedensten Tarifen und Beispielen belegen. Auch UPC-Cablecom, die lokal kein Konkurrent, aber im Markt durchaus vergleichbar ist, ist mit den Angeboten, die sie in der letzten Woche propagiert haben, im Preis-Leistungsvergleich nicht konkurrenzfähig in Vergleich zum Angebot der GGA. Nächstes Jahr werden von der GGA neue Angebote lanciert. ImproWare AG, mit denen wir zusammenarbeiten, lanciert ein Kombiabo, das auch ein Mobiltelefon enthält, die Leistungen erhöht und bei gleichen Preisen das Modem zur Verfügung stellt, ein Angebot, das die Konkurrenten überhaupt nicht anbieten. Wenn man das Preis-Leistungs-Verhältnis anschaut, wird die GGA in Zukunft erst recht on the top bleiben. Dazu kommt, dass die GGA weiterhin ihre Programme ausbaut, den Preis klein behalten kann und versucht, den Kreis der angeschlossenen Gemeinden zu erweitern, um auf dem Markt die besseren Preis-Leistungs-Verhältnisse zu haben, weil die Kosten auf mehr Angeschlossene verteilt werden. Wichtig ist, dass wir in der Kommunikation unser Angebot bekannt geben, dass wir bekannt sind, dass wir den Leuten in Erinnerung rufen, dass die Angebote so preisgünstig sind, wie sie es sonst wo in der Region nicht erhalten und dies ist die wirklich grosse Herausforderung. Wir haben versucht, dieser zu begegnen durch die Werbe- und Informationskampagne diesen Herbst mit Plakaten und Flyern, mit Gastauftritten und Artikelserien im Anzeiger. Wir werden dieses Engagement weiterführen und in dem Sinn verstehe ich auch die besorgte Anfrage im Einwohnerrat. Wir haben die Chance, auch hier zu kommunizieren, wie es um die GGA steht und man wegen der Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität der GGA nicht in Sorge sein muss. Man muss aber besorgt sein, dass diese Information auch nach aussen geht und ich hoffe, dass auch ihr im Einwohnerrat einen Beitrag dazu leistet.

Die Interpellation ist beantwortet.

---

## Fragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

---

**Verabschiedung von Dieter Stohler:** Heute war Dieter Stohler an seiner letzten Sitzung als Einwohnerrat. **Mauro Pavan:** Dieter, du bist für mich trotz Angehörigkeit der sogenannten „Politischen Gegenseite“ ein sehr wertvolles Mitglied des Ratsbetriebes gewesen und eine Bereicherung. In den gut 4 Jahren, in denen wir im Büro waren, konnte ich viel von dir profitieren auch in Hinsicht auf die Ausübung meins jetzigen Amtes. Du hast den Rat sehr mit Witz und Charme gleitet und ich glaube, deine ausgeprägte Höflichkeit hat auch ein wenig auf den Rest des Rates abgefärbt. Mir fällt auf, dass der Umgangston in den letzten Jahren angenehmer geworden ist. In deinen Voten habe ich dich stets als konstruktiv und sachlich erlebt, auch, oder gerade, wenn wir inhaltlich nicht derselben Meinung waren. In deinem Präsidialjahr durftest du die 400. Einwohnerratssitzung leiten und jetzt, 22 Sitzungen später, trittst du vorerst von der politischen Bühne ab. Als du am 27. Juni das Einwohnerratsbüro verlassen hast, hast du angekündigt, dass du dich darauf freust, wieder „nach unten“ zu gehen, um über Inhalte und Vorstösse zu reden und diese Drohung hast du bis heute aufrechterhalten. Wir haben heute noch ein Postulat überwiesen und zu guter Letzt noch eine Kleine Anfrage entgegen genommen. Lieber Dieter, ich danke dir im Namen der Gemeinde Pratteln für deine parlamentarische

Tätigkeit und ganz persönlich für die Einführung des Pausenkaffees. Es würde mich freuen, wenn wir uns dereinst auch wieder auf der politischen Bühne begegnen.

Dieter Stohler erhält einen Blumenstrauss und wird mit Applaus verabschiedet.

**Dieter Stohler:** Ich bedanke mich herzlich für die überaus nette Verabschiedung und richte einige Worte zum letzten Mal an sie. Als ich vor 12 Jahren zum ersten Mal in diesen Einwohnerrat eingetreten bin, war das politische Klima rauer als heute. Man hat dannzumal gezielt auf die Person gespielt, statt auf das politische Anliegen. Es ist heute eine umgekehrte Entwicklung beim Kanton als auch bei der Gemeinde Pratteln. Wenn man der Rücktrittsmeldung von Herrn Balmer Glauben schenkt, haben wir beim Kanton heute ein schlechteres Klima. Die positive Entwicklung von Pratteln ist einerseits auf die guten Rahmenbedingungen zusammen mit dem entsprechend zur Verfügung stehenden Haushalt, über den wir heute grosszügig verfügen konnten, zurückzuführen. Pratteln geht es heute wirklich viel besser als vor 12 Jahren. Steuerkräftige Unternehmen haben sich angesiedelt und die Auseinandersetzungen sind wahrscheinlich auch weniger heftig, wenn man genügend Geld hat, möglichst viele Bedürfnisse zu befriedigen. So sind heute viele Probleme gelöst, die Hausaufgaben gemacht, die Finanzen im Griff, sind Energiestadt und haben bald Hochhäuser, Tempo-30 wird eingeführt und ein ausgebauter Sozialdienst existiert. Es gibt Beiträge an externe Kinderbetreuung, bald ein neues Feuerwehrmagazin und – ein neuer Rekord für die Gemeinde – schon seit über 1 Jahr denselben Gemeindeverwalter, und zwar einen hervorragender Gemeindeverwalter. Zum Schluss ist es mir ein Anliegen, auch dem Gemeinderat zu danken. Ich habe euch viel kritisiert, möchte aber auch sagen, dass in den letzten Jahren wirklich kollegial und parteiübergreifend geschafft worden ist. Es wurden viele gute Lösungen für Pratteln gefunden, und das hängt – dies sagt mein Bauchgefühl – ganz wesentlich mit der Führung zusammen. Darum danke ich unserem Gemeindepräsidenten und seinem Stellvertreter herzlich und gratuliere ihm. Wenn in Pratteln alle Probleme mit Ausnahme der PK-Frage gelöst sind, kann ich beruhigt zurücktreten. Mein Familienkreis ist weiterhin mit einer sehr talentierten Politikerin im Rat vertreten und ich freue mich, meinen Sitz für die FDP-Mitte einer jungen Dame mit dem Namen Sarah Knöpfel weiterzugeben. Wenn man Knöpfel heisst, hat man politisch selbstverständlich etwas zu sagen. Vielleicht wieder in einer anderen Funktion oder in 12 Jahren wieder in diesem Rat, aber erst nach meiner Berner Zeit. Ich wünsche allen frohe Festtage, alles Gute und weiterhin gute Lösungen für Pratteln.

---

**Mauro Pavan** beendet die Sitzung um 22.15 Uhr und lädt die Anwesenden ein, am Apéro teilzunehmen. Mauro Pavan bedankt sich beim Weibel, beim Sekretariat und den Abwarten und speziell an Dominique Häring, die diese schöne Tischdekoration besorgt hat.

Pratteln, 9. Januar 2013

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident                      Das Einwohnerratssekretariat

Mauro Pavan                      Joachim Maass